

Wie politisch soll Jugendarbeit sein

*Kommentierte Auseinandersetzung mit
Yael Ohanas Text „What’s Politics got to do
with it?“ durch die Arbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und Jugendarbeit der
**Österreichischen Gesellschaft
für Soziale Arbeit (ogsa)***

Die Original-Publikation "What's politics got to do with it?" wurde von JUGEND für Europa, Nationale Agentur für die EU-Programme Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps in Deutschland, am 5. März 2020 in englischer Sprache herausgegeben und ist hier zu finden: <https://www.jugendfuereuropa.de/ueber-jfe/publikationen/what-s-politics-got-to-do-with-it.4143/> [03.11.2024].

*In der Produktion der vorliegenden Publikation wurden die Übersetzung und die Adaption der Original-Publikation von der Autorin Yael Ohana genehmigt. Die Herausgeberin JUGEND für Europa hat auf die inhaltliche und redaktionelle Abnahme verzichtet. Die Verantwortung für den Inhalt und die Redaktion der vorliegenden Publikation liegt bei der Herausgeberin und den Autor*innen.*

Copyright und Veröffentlichung des Inhaltes 2024, ogsa

ogsa ///// Österreichische Gesellschaft für Soziale Arbeit

1100 Wien, Favoritenstraße 226 ///// office@ogsa.at ///// www.ogsa.at

ZVR 443320751

Herausgeber*in: Österreichische Gesellschaft für Soziale Arbeit (ogsa)

Autor*innen: Eva Grigori, Severin Sagharichi, Isabella Steger, Nicole Walzl-Seidl, Julia Leonhartsberger

Lektorat, Korrektorat: Stephanie Deimel-Scherzer, Annemarie Fraissler und Johanna Hefel

*Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Herausgeberin und der Autor*innen unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.*

Vorwort der Arbeitsgruppe Offene Kinder- und Jugendarbeit

Diese Broschüre ist dem *JUGEND für Europa* Diskussionspapier “What’s politics got to do with it?!” von Yael Ohana (2020) gewidmet. Als *Arbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit* in der Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (ogsa) haben wir den Text in einem kooperativen Prozess übersetzt und ein halbes Jahr lang intensiv in unseren unterschiedlichen Funktionen als Praktiker*innen, Studierende, Lehrende und Wissenschaftler*innen diskutiert. Diese Broschüre ist nun eine stark gekürzte und aus der Sicht österreichischer Jugendarbeit kommentierte Adaption des Ursprungstextes. Dieser hatte zum Ziel, den Komplex von Themen und Debatten rund um das Thema des Politischen in der europäischen Jugendarbeit zu beschreiben, zu verstehen und innerhalb fachlicher Entwicklungen aus Vergangenheit und Gegenwart zu kontextualisieren. Wir sehen Ohanas Versuch, ein generalistisches Modell für unterschiedliche Jugendarbeiten zu entwickeln, als Startschuss einer europäischen Theorie der Jugendarbeit. Sie schreibt jedoch eindeutig aus einer verbandlichen und europäischen Perspektive – als *AG Offene Kinder- und Jugendarbeit* versuchen wir hiermit auch, unsere Perspektiven zu ergänzen. Wir erheben nicht den Anspruch einer umfassenden Theoriebildung. Wir möchten den Versuch unternehmen, Theorie praxisnah zu vermitteln und zu diskutieren. Unsere Perspektiven haben sich im Zuge unserer AG-Treffen, bei den jährlichen ogsa Veranstaltungen (abwechselnd ogsaFORUM und ogsaTAGUNG) gemeinsam mit der Community of Practice entwickelt¹ und wir haben die Stimmen dieses Prozesses hier abgebildet.

Wir möchten YOUTH WORK als integratives Modell und fachpolitischen Rahmen vorstellen, der nicht im Widerspruch zur tatsächlichen Vollzugswirklichkeit und Förderlogik von JUGENDARBEIT steht, sondern diese erweitert. Wir verstehen Offene Kinder- und Jugendarbeit als lokal wirksame, staatsnah geförderte Tätigkeit, deren Selbstverständnis und Verhältnis zur Welt sich auf YOUTH WORK beziehen kann. Wir versuchen also das Abstraktionsniveau einerseits beizubehalten, andererseits anschlussfähig an lokale Ebenen zu machen.

Wie wir bei der Lektüre und Diskussion des Textes feststellen konnten, sind unsere Probleme europaweit ähnlich. Als AG OKJA diskutieren wir dies bereits seit unserer Gründung: Wir erleben zahlreiche gesellschaftliche Spaltungslinien – von Menschenfeindlichkeit bis Armut. Die politische Situation erschwert visionäres Arbeiten und versucht, Jugendarbeit für ordnungspolitische Agenden funktionalistisch in Dienst zu nehmen oder fordert aus einer Reparaturlogik heraus auf, Jugendliche,

¹ Der Begriff wird im Kapitel „Einleitung“ erläutert.

die sich nicht zu Leistungsträger*innen der Gesellschaft entwickeln, entsprechend zu versorgen. Wir erleben Anfeindungen von Einrichtungen der Jugendarbeit durch politische Parteien oder Würdenträger*innen und zugleich Versuche reaktionärer Gruppierungen, selbst Angebote zu setzen und lokal wirksame soziale Naheverhältnisse auszubauen. Europaweit stellt sich aber auch die Herausforderung, dass normative Rahmen und Theorien von Jugendarbeit vielfach wenig bekannt sind, dass Jugendarbeit heterogen aufgestellt ist und durch Prioritäten und Anrufungen von Fördergeber*innen, Jugendlichen, Stakeholder*innen bestimmt wird, jedoch visionäre Ziele abhandenkommen.

Wir möchten hiermit einen ersten Schritt für die theoretische Unterfütterung des methodischen Handelns der Praxis anbieten, um dieses zu stärken. Wir zeigen professionelle Werte auf, um individuelle Beliebigkeit zu verhindern und die Fähigkeit von Jugendarbeit, sich politisch zu engagieren, stärken. Politisches Engagement heißt im Verständnis, das wir hier vorstellen, immer: demokratisch, inklusiv, gegen Diskriminierung, für ein gutes Leben für alle, frei von Angst und Armut. Im Einzelfall, bei der Zielgruppe, im Sozialraum, in dieser Gesellschaft. Wir müssen uns mit Ungerechtigkeit und Feindseligkeit im Sozialraum und der Gesellschaft befassen. Sei es, weil „unsere Jugendlichen“ Täter*innen, Opfer oder Zuschauer*innen sind.

Da, wo Jugendarbeit (in allen ihren Formen) unter Beschuss gerät, sind die Netzwerke, die sich solidarisch mit-betroffen fühlen und der öffentliche Aufschrei oftmals gering. Ausgeprägt ist das Gerücht eines Neutralitätsgebotes, das so nirgends geschrieben steht. Noch ausgeprägter ist die Furcht vor dem politischen Skandal, sodass Jugendarbeiter*innen vielfach ein brennendes Herz für die politischen und persönlichen Kämpfe junger Menschen haben, aber nicht wissen, wie sie über das Individuum hinaus agieren können, wo sie politisch lobbyieren können, ob sie dies überhaupt dürfen usw. aufgrund der Angst, einmal etwas falsch zu machen, macht man dann tendenzielle gar nichts.

Offene Jugendarbeit ist nicht neutral. Jugendarbeit ist politisch.² Sie ist souverän von parteipolitischen Agenden, tritt radikal für Kinderrechte³ ein und ist parteilich für junge Menschen. Dementsprechend kritisch ist Jugendarbeit gegenüber Politiken, die das Leben der Zielgruppe beeinträchtigen, herabwürdigen, geringschätzen. Wir stehen für Vielfalt ein und möchten Jugendliche „befähigen, nicht menschenfeindlich sein zu müssen“ wie Judith Rahner in ihrem Buch „Resilienz in der Offenen

² Wir gehen davon aus, dass Jugendarbeit da, wo sie behauptet, „unpolitisch“ zu sein, implizit Ausschlüsse herstellt und unkritisch Machtverhältnisse reproduziert. Schöner gesagt hat dies Desmond Tutu: “If you are neutral in situations of injustice, you have chosen the side of the oppressor. If an elephant has its foot on the tail of a mouse and you say that you are neutral, the mouse will not appreciate your neutrality.” (Wenn du dich gegenüber Ungerechtigkeiten neutral verhältst, hast du die Seite der Unterdrücker*innen gewählt. Wenn ein Elefant auf dem Schwanz einer Maus steht und du sagst, demgegenüber seist du neutral, wird die Maus deine Neutralität nicht wertschätzen.)

³ Die UN-Kinderrechtskonvention: Alle Kinder haben Rechte! <https://unicef.at/kinderrechte-oesterreich/kinderrechte/> [03.11.2024].

Jugendarbeit“ schreibt. Sie sollen sich als aktive Bewohner*innen dieser Welt erfahren können. Das ist unser Auftrag und diesen werden wir leben. Damit dies gelingt, benötigt Jugendarbeit politische Rückendeckung vor Ort, Vertrauen in ihre demokratiefördernden Kompetenzen, Fördergeber*innen, Trägerorganisationen, Einrichtungen und Teams, die diese Vision teilen und systematisch Ressourcen bereitstellen. Auch wenn Jugendarbeit damit möglicherweise lästig sein sollte und nicht immer erwachsenen Partikularinteressen entspricht. Gerahmt werden muss dies von guten Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und Grundlagen- sowie Praxisforschung.

Unser Handeln ist insbesondere dann professionell, wenn wir unbequem sind und unsere Ziele nicht im Konsens mit Parteien und politischen Interessen liegen. Wir vertreten Anliegen im Sinne unseres politischen Mandates und im Sinne unserer Zielgruppe, die uns beauftragt und der gegenüber wir einen Auftrag von der Gesellschaft erhalten haben.

Nachfolgend dokumentieren wir also eine übersetzte und stark gekürzte Fassung des Papers “What’s politics got to do with it?!” von Yael Ohana. Dieses beginnt mit einer Einleitung und setzt sich aus drei Teilen zusammen. Wir schließen dem eine Reihe von Kommentaren, Erweiterungen, Reflexionen und Informationen an, die folgende Themenfelder abdecken: Digitalisierung, Engagement, Europa, Finanzierung, Identitäten, Jugendparlamente und Partizipation, Methodologischer Nationalismus, Österreichische Jugendstrategie, Wahlen, Youth Work.

Werner Lindner, Professor für Jugendarbeit, Jugendpolitik und Demokratiebildung, konstatierte 2020 auf einem Netzwerktreffen für Lehrbeauftragte, das Grundsatzpapier von Ohana sei „ein Papier von folgenloser Richtigkeit“ und er hat recht. Wir sind in einem Mindset angelangt, in dem die erste Antwort auf neue Ideen lautet: „Das bezahlt keiner!“ Wenn Fortschritt also nur da passiert, wo etwas bezahlt wird, dann werden wir uns noch umsehen müssen. Mit dieser kommentierten Übersetzung als Ergebnis vieler tausend Stunden ehrenamtlicher Arbeit möchten wir daran etwas ändern.

Inhalt

Vorwort der Arbeitsgruppe Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	1
What's politics got to do with it?!.....	6
Einleitung.....	6
Teil 1: Politisch oder nicht? Stellt sich die Frage überhaupt?	9
Teil 2: Wie manifestiert sich „das Politische“ von Youth Work in Europa?	12
1) Projekt Europa.....	12
2) Zweck von Youth Work.....	13
3) Politischer & Sozialer Wandel	18
4) Partizipation	19
5) Macht und Handeln	22
6) Pädagogik	23
Teil 3: Am Ende ein Neuanfang? Startpunkte für die Erneuerung von Youth Work in Europa.....	26
1) Eine transparente und gemeinsame Diskussion	26
2) Angeleitetes Peer Learning	27
3) Mehr und bessere Möglichkeiten und Angebote zur Kompetenzentwicklung.....	28
4) Systematische Evaluation und Forschung.....	28
5) Passende Finanzierung	30
6) Bildungsinnovation	31
7) Inhalte von Youth Work.....	32
8) Mitgestaltung von Youth Work mit jungen Menschen	32
9) Europäisierung von Youth Work	32
Conclusio	34
Quellen.....	35
Frameworks alphabetisch von A bis Z.....	35
Manuals und pädagogische Leitfäden.....	36
Literatur	36
Konferenzen	40

Sonstige Ressourcen von A bis Z	41
Diskussion.....	42
Digitalisierung	42
Engagement.....	43
Europa.....	46
Finanzierung.....	47
Identitäten	49
Jugendparlamente und Partizipation	50
Methodologischer Nationalismus.....	51
Österreichische Jugendstrategie.....	53
Wahlen	53
Youth Work	54
Literatur	57
Lektüretipps	58
Autor*innen	60
Kontakt	60

What's politics got to do with it?!⁴

Einleitung

Gerne behauptet Youth Work von sich politisch zu sein, empirische Belege dafür finden sich allerdings kaum. Stattdessen bestehen Indizien einer schleichenden Entpolitisierung. Es gibt Hinweise auf Orte in ganz Europa, in denen Praktiker*innen auf politisches Engagement negative Konsequenzen fürchten. Wesentlich dafür ist die Angst vor negativen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit von Youth Work-Angeboten sowie auf persönliche Beschäftigungsaussichten. Es gibt auch Hinweise darauf, dass Stakeholder*innen und politische Parteien demokratiepolitische Auseinandersetzungen im Kontext Youth Work als unangemessen ansehen. Daraus resultieren deutliche Anzeichen dafür, dass sich die Möglichkeitsräume für zivilgesellschaftliches Engagement in ganz Europa schließen.⁵ Gleichzeitig zeigt sich auch, dass politische Arbeit mit jungen Menschen herausfordernd ist und von den anleitenden und teilnehmenden Personen erfordert, dass diese ihre Komfortzonen verlassen. Damit wird deutlich, dass politische Arbeit aus vielerlei Gründen keine attraktive Tätigkeit darstellt, auch unabhängig von dem jeweiligen Engagement und der Motivation von Jugendlichen, Jugendarbeiter*innen und Führungskräften.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Was ist die politische Dimension von Youth Work? Warum braucht es eine Auseinandersetzung?

Diese Broschüre stellt eine laut gedachte Reflexion mit offenem Ende dar und stellt sich folgenden Fragen:

- Warum wird die Idee, dass Youth Work politisch ist, kontrovers wahrgenommen und diskutiert?
- Wie manifestiert sich das Politische tatsächlich in gegenwärtiger Youth Work?
- Welche Art von Youth Work wäre für die heutigen europäischen Realitäten und die veränderten Arten der Jugendbeteiligung angemessen?

⁴ Der Originalbeitrag wurde in englischer Sprache im Februar 2020 von JUGEND für Europa unter dem vollständigen Titel „What's politics got to do with it? European youth work programmes and the development of critical youth citizenship“ herausgegeben. Online: <https://www.jugendfuereuropa.de/ueber-ife/publikationen/what-s-politics-got-to-do-with-it.4143/> [03.11.2024].

⁵ Farrow (2018).

- In welchem Kontext arbeitet Youth Work heute? Wie wirkt sich dieser Kontext auf die Interpretation von Zielen durch verschiedene Stakeholder im europäischen Jugend-(arbeits-) Sektor aus?
- Sind die Erwartungen, die politische Entscheidungsträger*innen an Youth Work haben und wie sie in jüngsten politischen Äußerungen dargelegt wurden, realistisch und angemessen? Wie kann Youth Work diese beliefern? Was ist das politische Potenzial von Youth Work in Europa?
- Welche Folgen ergeben sich aus der Debatte für Politik, Programme und Pädagogik von Youth Work in Europa?

Werden diese Fragen exakt beantwortet? Bedingt. Ohana bietet Perspektiven auf diesen Fragen-Komplex an – auch in Ermangelung einer angemessenen Kartografie von Praxen und empirischer Untersuchungen zu spezifischen Themen, die von Youth Work erwartet werden. Ohana generiert Ideen zur Unterstützung von Akteur*innen und Stakeholder*innen, insofern dafür notwendige Möglichkeiten und der politische Wille vorhanden sind.

Ziel dieser Initiative ist eine Agenda der Erneuerung und Re-Aktivierung politischer Dimensionen von Youth Work voranzutreiben. Wir müssen auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, in denen wir uns befinden, reagieren, und möchten Debatten initiieren und dort unterstützend wirken, wo Youth Work-Politik und -Praktiken ausgearbeitet und diskutiert werden. Daraus sollen bereits vorhandene politische Haltungen der Youth Work zu aktuellen politischen und sozialen Entwicklungen in Österreich und Europa systematischer, selbstbewusster und sichtbarer werden. Große Relevanz wird deshalb gesehen, da junge Menschen, aber auch die gesamte Zivilgesellschaft und die demokratische Entwicklung davon betroffen sind.

Das Paper hat 3 Teile:

In Teil I mit dem Titel „Politisch oder nicht? Ist das überhaupt eine Frage?“ werden die Kontroversen und Herausforderungen von Youth Work in Europa dargelegt und die konzeptionellen Grundlagen des politischen Auftrags diskutiert.

In Teil II mit dem Titel „Wie manifestiert sich das Politische in Youth Work?“ versuchen wir, einige Schlüsselmerkmale des „Politischen“ abzubilden. Dabei nehmen wir Bezug auf praxisorientierte Literatur sowie Ohanas, wie auch unsere eigenen Diskussionen mit Praktiker*innen⁶ bei

⁶ Wenn Ohana und auch wir als AG OKJA in weiterer Folge von „Praktiker*innen“ (*Community Of Practice*) sprechen, wird ein weiter Begriff verwendet: Praktiker*innen sind demnach alle Akteur*innen und Stakeholder*innen, die sich selbst zum Sektor von Youth Work zählen, so auch Jugendgruppenleiter*innen, Trägerorganisationen, Jugendorganisationen, Jugendministerien und andere Staatsbedienstete, die für

Veranstaltungen, Konferenzen und durch sonstige laufende Diskussionen innerhalb der Youth Work. Dieses Kapitel ist das Herzstück dieses Papers.

Im Teil III mit dem Titel „Am Ende ein Neuanfang? Startpunkte für die Re-Politisierung von Youth Work“ schlägt die Autorin eine Reihe von Ideen für unterschiedliche Adressat*innengruppen vor. Es werden neun Bereiche betrachtet, in denen unterschiedliche Maßnahmen ergriffen werden können. Dies umfasst die Frage, was auf längere Sicht zu einer konzertierteren Strategie für die Erneuerung von Youth Work beitragen könnte, um zur Unterstützung von Identitätsbildungsprozessen junger Menschen als kritische und aktive Bürger*innen beizutragen.

Jugendpolitik zuständig sind, EU-Institutionen und ihre Programme zur Förderung von Youth Work, Nationalagenturen, Multiplikator*innen und Jugendaktivist*innen, Trainer*innen, junge Menschen selbst.

Teil 1: Politisch oder nicht? Stellt sich die Frage überhaupt?

Hat das Engagement für Menschenrechte etwas mit Bildung oder Aktivismus zu tun? Immer wieder tauchen Vorstellungen eines angeblichen „Neutralitätsgebots“ auch in der Youth Work auf.⁷ Dies erschwert jeglichen Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und Diversität. Schwierigkeiten bestehen auch darin, Youth Work als „politisch“ zu beschreiben und Themen zu adressieren, die als „politisch“ gelten sowie eine methodisch und theoretisch fundierte Praxis zu gestalten, die adäquat auf politische Herausforderungen reagiert, mit denen Jugendliche und ihre soziale Umgebung – sowohl auf lokaler als auch europäischer Ebene – konfrontiert sind.⁸

Warum ist das so? Die Gründe für diese Verunsicherung sind mannigfaltig (und auch im österreichischen Kontext allzu vertraut):

- Druck von oben: Missbilligung von Entscheidungsträger*innen, Geldgeber*innen, Vorgesetzten;
- Politischer Druck: Die Infragestellung kritischer Jugendarbeit durch (extrem rechte) Organisationen und Parteien;
- Druck von unten: Desinteresse oder sogar Ablehnung seitens junger Menschen;
- Druck von außen: Gesellschaftliche Missbilligung oder moralische Panik darüber, junge Menschen würden durch Demokratie- und Menschenrechtsbildung einer „Gehirnwäsche“ unterzogen;
- Druck von innen: Methodische und inhaltliche Schwierigkeiten sowie individuelle Unsicherheiten bei der Behandlung politischer Fragen, Themen oder Veranstaltungen auf eine Weise, die für junge Menschen attraktiv und motivierend ist;
- Ethische Dilemmata: Bedenken hinsichtlich der Instrumentalisierung der Arbeit und/oder der beteiligten Jugendlichen;
- Frust: Unzufriedenheit mit den Bedingungen, unter denen Youth Work handeln muss, einschließlich immer mehr präskriptiven Projektformaten und Themen, Forderungen nach immer mehr „Preis-Leistungsverhältnis“, Fragen der Arbeitsplatzsicherheit usw.;
- Relevanz-Druck: Bedenken, dass andere Prioritäten einfach dringlicher seien.

⁷ Weiterführend: SALTO und JUGEND für Europa (2017) sowie zu den Debatten um „politische Neutralität in der Bildung“ in Deutschland und Brasilien, siehe z.B. Warnecke (2018), Cremer (2019) und Phillips (2018).

⁸ Beispielhaft: Das Seminar „European Citizenship“ im Mai 2018: <https://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/seminar-yw-in-citizenship-education> [03.11.2024].

Auch in gängigen Praxen von Youth Work zeigen sich einige Herausforderungen: Der Fokus auf „Identitätsbildungsprozesse“ neigt dazu, das Politische auszublenden und Defizite im Inneren junger Menschen zu suchen. Es zeigt sich, dass die Vorstellung der konstruierten systematischen Benachteiligung von Jugendlichen ins Hintertreffen gerät und stattdessen Jugendliche vermehrt als „zu reparierende“ Gruppe erachtet werden. Dringlichkeiten materieller Grundsicherung ersticken jegliches politisches Engagement durch bürokratische Hürden vielfach im Keim. Die aktuellen Arbeitslosenzahlen oder die Folgen der Wirtschaftskrise werden als Begründung herangezogen, sich auf die Employability junger Menschen zu fokussieren. Paternalismus und Dienstleistungsgedanken werden vordergründig abgelehnt, sind dem Feld jedoch nicht fremd. Der allumfassende Präventionsgedanke verhindert vor allem eines: Ermöglichung. Innovative Ideen zur Stärkung der aktivistischen Wirksamkeit von jungen Menschen, um gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben, soziale Ungleichheit zu bekämpfen und für mehr Demokratie einzutreten, sind kaum flächendeckend wiederzufinden. Dies bezeichnet die schleichende Depolitisierung der jugendarbeiterischen Praxis.⁹

Doch beginnen wir von vorne, auf der Ebene Europas. Inwiefern wird hier Youth Work als „politisch“ definiert?

Ansätze, Settings, Methoden, Reichweite und Ziele von Youth Work in Europa sind sehr divers. Es gibt kaum Themen, die noch nie aufgegriffen und bearbeitet wurden. Die Methodenauswahl ist breit gefächert, die Orte praktizierter Youth Work reichen vom kleinen „Jugendkammerl“ bis in digitale Sphären. Freiwillige, Fachkräfte und Jugendliche selbst sind in unterschiedlichem Ausmaß in die Realisierung von Youth Work eingebunden. In den meisten Fällen findet Youth Work in vielfältigen räumlichen und thematischen Settings statt. Diese Vielfalt wird gerne als eine bedeutende Stärke hervorgehoben, um den offenen Charakter zu realisieren und jungen Menschen reichhaltige Erlebnisse und Vorteile zu bieten, während sie gleichzeitig reaktionsfähig und flexibel bleibt. Nicht umsonst wird Jugendarbeit gerne als Allheilmittel gegen unterschiedlichste gesellschaftliche Probleme adressiert. Zugleich steht Youth Work vor der schwierigen Herausforderung, all die Erwartungen zu erfüllen, die ihr aufgeladen werden.¹⁰

Ohana analysiert in ihrem Text europäische politische Erklärungen und Grundsatzdokumente, theoretische und praxisorientierte Literatur sowie die Inhalte großer Konferenzen zur Gegenstandsbestimmung von Youth Work.¹¹ Sie belegt, dass das Politische von Youth Work in Europa inhärent ist. Der rote Faden der Texte zeigt, dass Youth Work in der Lage ist, junge Menschen bei der weiterführenden Partizipation und Motivation von Peers, sich in die Gesellschaft einzubringen, zu

⁹ Ohana und Otten (2012).

¹⁰ Kovacic (2017), Williamson (2015), McLoughlin (2018). In historischer Perspektive sei auf die Reihe „History Of Youth Work in Europe“ verwiesen.

¹¹ Anm. AG OKJA: Eine Auflistung findet sich im Literaturverzeichnis der Übersetzung.

unterstützen.¹² Der politische Auftrag an Youth Work findet sich implizit in Themen wie beispielsweise die europäische Bürger*innenschaft, Aktivismus, Partizipation, Zivilgesellschaft und Demokratie.

¹² Der Common Ground Europäischer Jugendarbeit wurde bei der 2. *European Youth Work Convention* beschrieben und diskutiert. Siehe: https://pjp-eu.coe.int/documents/42128013/47262187/The+2nd+European+Youth+Work+Declaration_FINAL.pdf/cc602b1d-6efc-46d9-80ec-5ca57c35eb85 [03.11.2024].

Teil 2: Wie manifestiert sich „das Politische“ von Youth Work in Europa?

1) Projekt Europa

Europäische Programme wurden traditionell als explizite Maßnahme für junge Menschen und zivilgesellschaftliche Jugendorganisationen eingesetzt, um sie an der Mitgestaltung des angestrebten europäischen Integrationsprojekts zu beteiligen. Zunächst ging es bei der europäischen Dimension um den internationalen Charakter. Damals hat für die jungen Menschen das Aufwachsen in Europa und die Teilnahme an diesen Programmen vor allem folgendes bedeutet: Reisefreiheit, die Möglichkeit in anderen Staaten an Bildungsprojekten teilzunehmen und die Steigerung des Bewusstseins von kultureller Diversität. Heutige Selbstverständlichkeiten der europäischen Gesellschaft wurden lange erkämpft, die Voraussetzungen, unter denen junge Menschen inzwischen aufwachsen, unterscheiden sich von jenen der vorherigen Generation(en). Dementsprechend muss sich auch die europäische Dimension in Projekten weiter entwickeln. Ob und wie das Thema „Europa“ und die Mitgestaltung einer gemeinsamen europäischen Zukunft durch und von jungen Menschen in EU-Projekten jedoch vorhanden ist, bleibt ungewiss. Auch im öffentlichen Diskurs wird selten ein von jungen Menschen entworfenes Narrativ über die Zukunft Europas sichtbar.

Zunächst beschäftigt uns eine philosophische Frage: Was sind sogenannte europäische Werte?¹³

Diese werden einerseits durch den politischen Diskurs innerhalb der Mitgliedsstaaten, andererseits auch europaweit herausgefordert. Der Begriff „europäische Identität“ wird häufig von rechten Nationalist*innen verwendet. Diesem wird ein rassifiziertes Set von ähnlichen Kulturen, Sprachen und folkloristischen Traditionen zugeordnet, welche vor äußeren Einflüssen geschützt werden sollen.¹⁴ Damit werden Prinzipien der europäischen Lebensweise gemäß des Lissabonner Vertrages (Achtung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit und Schutz von Minderheiten) missachtet.¹⁵ Ein Widerspruch zeigt sich hinsichtlich der Verteidigung der Menschenrechte innerhalb europäischer Regierungen. Einerseits sagen diese, dass sie Menschenrechte verteidigen, andererseits beweisen sie das Gegenteil, wenn es z.B. um geflüchtete Menschen geht.¹⁶ Weitere Unterschiede sind

¹³ Es versteht sich von selbst, dass die Werte, die Europa als europäisch bezeichnet, nicht ausschließlich europäische Werte sind, sondern grundlegend menschliche Werte.

¹⁴ Berg (2018).

¹⁵ Der Vertrag von Lissabon: <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/en/sheet/5/the-treaty-of-lisbon> [03.11.2024]; Zur Kontroverse um den Ausdruck „Europäische Lebensweise“ (*European Way of Life*) siehe Zalan (2019) und European Youth Forum (2019).

¹⁶ Bsp. die aktuelle EU-Einwanderungspolitik: <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/en/sheet/152/immigration-policy> [03.11.2024].

auch darin zu finden, wie Themen auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene behandelt und realisiert werden. Dies auf die Lebensrealitäten von Jugendlichen zu beziehen, stellt sich als große Herausforderung dar.

Gleichzeitig war Youth Work in Europa keineswegs die Avantgarde des Protests in Bezug auf diese Themen. Laut Dokumentationen und Evaluierungen von über 30 Jahren europäischen Jugendprojekten finden sich nur noch selten kritische Inhalte, außer in Bezug auf die Finanzierung. Können aktuelle Projekte die Mitgestaltung von europäischen Narrativen ermöglichen und wie werden diese Narrative an Entscheidungsträger*innen und Machthaber*innen weitervermittelt?

Die zweite Frage ist eine strukturelle: Der EU-Jugend-Dialog¹⁷ und das Co-Management¹⁸ im Europarat stellen zwei Mechanismen dar, welche Jugendorganisationen die Möglichkeit geben, sich in Jugendpolitik einzumischen. Die großen und zukunftssträchtigen europäischen Entscheidungen werden hingegen ohne Einbeziehung junger Menschen getroffen. Wie könnten diese Einschränkungen aufgehoben werden?

Youth Work in Europa könnte einen Möglichkeitsraum darstellen, um Machtasymmetrien zu reflektieren. Ein Raum, in dem sich junge Menschen innovative Beteiligungsmöglichkeiten überlegen und durchführen. Youth Work könnte so zu einem Experimentierfeld für neue Imaginationen Europas werden.¹⁹ Doch was würde eine unmittelbare Einflussnahme auf die Kernpolitik der EU ermöglichen?

2) Zweck von Youth Work

Youth Work ist immer politisch, unabhängig ihrer konkreten Inhalte oder aktuellen Förderbedingungen. Nach Hendrik Otten (2017) kann Youth Work in Europa als Bildungsarbeit nicht politisch neutral agieren, weil sie von bestimmten Policies reguliert wird und diese immer Ergebnis von politischen Verhandlungen sind. In diesen Policies sind implizit politische Traditionen und aktuelle Annahmen enthalten, zum Beispiel in Bezug auf den Platz junger Menschen in der Gesellschaft und dessen Gestaltung.²⁰

¹⁷ 2009-2019 hieß der heutige EU-Jugend-Dialog „Strukturierter Dialog“. Wichtigstes Ergebnis waren die EU-Jugendziele (*Youth Goals*). Mehr dazu https://ec.europa.eu/youth/policy/implementation/dialogue_en und <http://www.youthgoals.eu/> [03.11.2024].

¹⁸ Anm. AG OKJA: Das Co-Management System im Europarat bedeutet, dass junge Menschen und Regierungsvertreter*innen in jugendrelevanten Themen gemeinsam entscheiden. Das System besteht aus dem Advisory Council of Youth, in dem junge Menschen aus NGOs vertreten sind, sowie den Vertreter*innen der Jugendministerien aus allen EU-Ländern. Gemeinsam wird über Empfehlungen an Mitgliedsstaaten beraten, über die Finanzierung entschieden und Aktionen geplant, siehe: <https://www.coe.int/en/web/youth/co-management> [03.11.2024].

¹⁹ Weiterführend: Ohana (2017).

²⁰ Otten und Wicke (2018).

Youth Work in Europa hat auch eine Reihe sehr klarer normativer Ziele, die ihre explizite politische Dimension beschreiben. Diese Ziele sind in verschiedenen politischen Erklärungen und Grundsatzdokumenten festgelegt wie z.B. in der Europäischen Menschenrechtskonvention, in Verträgen über die Europäische Union, in der EU-Charta der Grundrechte, in der Pariser Erklärung, in den Statuten verschiedener Generationen von europäischen Programmen zur Unterstützung von Youth Work und in der EU-Jugendstrategie.²¹

Ein zentrales Ziel von Youth Work ist demnach die Entwicklung der „europäischen Identität“ und des Europa-Bewusstseins junger Menschen, im Sinne einer kritischen Erwartungshaltung zu Europa und active citizenship. Damit ist gemeint, die europäische Identität und Bürger*innenschaft als Verantwortungsgefühl für das Geschehen in, um und wegen Europa zu sehen und ein Bewusstsein für die Rechte und Privilegien, die sich aus dem Leben in Europa ergeben, einzuschließen. Dadurch soll die demokratische Legitimität von Europa bewahrt und weiterentwickelt sowie seinen eigenen Menschenrechtsstandards gerecht werden.

Dieser normative Rahmen wird jedoch allzu oft von anderen Themen verdrängt, denen sich Youth Work widmen soll, z.B. persönliche Entwicklung, Arbeitsmarktintegration, Eingliederung in das gegenwärtige sozio-politische und wirtschaftliche System. Außerdem ist unklar, wie die Themen, die sich aus den normativen Zielen ergeben, tatsächlich problematisiert, hinterfragt und bearbeitet werden. Bei der Bewerbung und Umsetzung europäischer Mobilitätsprogramme werden vor allem persönliche Nützlichkeitsaspekte hervorgehoben: Lernen, Reisen, persönliche Entwicklungsmöglichkeiten, Selbsterfahrung, neue Freund*innen treffen, Kulturen entdecken und hedonistisch die folkloristische Diversität Europas genießen. Diese Vorteile werden als so genannter Klebstoff europäischer Solidarität präsentiert. Tiefere Ebenen werden nicht berührt, die sich mitunter den Herausforderungen des europaweiten Abbaus von Vorurteilen und Stereotypen, der Diskussion dringlicher Probleme, der Kritik junger Menschen an aktuellen Politiken und der Frage, wie das derart geschaffene Wissen in der Welt der Erwachsenen und Politik landen kann, stellen müssen.

Daraus ergeben sich zwei Fragestellungen, die eng mit der Identität der Jugendarbeiter*innen verknüpft sind:

Wenn Youth Work in Europa eine Form der Wertevermittlung darstellt, um welche spezifischen Werte soll es dabei gehen?

Diese Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten, da „europäische Werte“ nicht immer mit wesentlichen Menschenrechten gleichzusetzen waren und sind. Gleichzeitig ist Youth Work nicht aus sich selbst heraus fortschrittlich (Beispiele dafür sind die Zivilisierungsmission europäischer Kolonialmächte oder der Nationalsozialismus mit einem expliziten Fokus auf Jugendarbeit und -

²¹ EU Jugendstrategie: https://europa.eu/youth/strategy_en [03.11.2024].

erziehung²²). An diese Tradition anschließend sind extrem rechte Akteur*innen zunehmend in der Youth Work Szene präsent. Es zeichnen sich Erfolge ab, junge Menschen in ihre Aktivitätsangebote einzubinden, welche sehr ähnliche Formate, wie die Angebote der etablierten Youth Work haben. „Europa“ und „europäische Werte“ dienen der extremen Rechten dazu, Hass zu normalisieren.²³

Wie kann bei der Vermittlung von Werten sichergestellt werden, dass Youth Work-Programme und Praktiker*innen dabei keine negativen Konsequenzen befürchten müssen?

Vor allem in Anbetracht von Themen wie Rechtsextremismus, LGBTQIA+ Rechte, Frauenrechte oder Rechte für Migrant*innen kann die Sicherheit von Mitarbeiter*innen und Jugendlichen in einigen EU-Mitgliedsstaaten nicht sichergestellt werden. Obwohl es die EU-Charta der Grundrechte und andere relevante politische Erklärungen auf europäischer Ebene gibt, werden diese in einigen Staaten oder Regionen entweder nicht gefördert oder schlimmstenfalls dämonisiert.²⁴ Darauf folgende Konsequenzen können soziale, professionelle, gesetzliche und/oder verwaltungsrechtliche Konsequenzen für Personen, die europäische Werte vertreten, umfassen.

Aus diesen beiden Fragen folgernd kann nicht per se gesagt werden, dass Youth Work der richtige Ort für Wertebildung ist und die dort behandelten Werte die richtigen sind.²⁵ Anstatt Europa als Wertegesellschaft zu verteidigen, sollte eine Gesellschaft entwickelt werden, die für die Werte des ideell angestrebten Europas entsteht.²⁶ Damit sind Werte gemeint, die explizit in den Regeln und Standards Europäischer Youth Work-Programme etabliert sind und weiterentwickelt werden können.

Um sich der Wertefrage weiter zu nähern, gibt es drei Wege:

Erstens: Der normative Rahmen muss in politische Entscheidungsprozesse eingebracht und diskutiert werden, folglich auf Ebene der EU, des Europarates, der Europäischen Kommission. Die Evaluierung des Erasmus+ Programms 2017 sowie die Verbesserungen der EU-Jugendstrategie 2019-2027 können als langsame Veränderungen in diese Richtung verstanden werden. Trotzdem wird es eine besser abgestimmte Lobbyarbeit der Praxisgemeinschaft von Youth Work in Europa geben müssen, um langfristige Veränderungen zu erwirken.

²² Weiterführend: Jacobson und Cornehl (2016) <https://www.youtube.com/watch?v=5DqymZPiNHQ> und weloadtv (2014): <https://www.youtube.com/watch?v=BMV1gKEqD-w> [03.11.2024].

²³ Weiterführend: Rodriguez, Boatcă, Costa (2010).

²⁴ Weiterführend: Sands und Macdonald (2017); Kundnani (2014), Mischke (2018). Auch das russische „gay propaganda law“ und rechtsextremer Aktivismus in Deutschland sind zu erwähnen.

²⁵ Weiterführend: Kabbaj (2018).

²⁶ Weiterführend: Titley und Otten (2012).

Zweitens: Projektformate der EU-Programme müssen sich stärker auf den normativen Rahmen beziehen,²⁷ dazu müsste auch die Finanzierung weniger stark auf die Outcomes gerichtet sein.

Drittens: Das pädagogische Personal muss Projekte kritischer bewerten. Werden Räume geschaffen, in denen junge Menschen ihre eigenen Positionen und die anderer kritisch reflektieren und weiterentwickeln können? Es geht nicht darum, Werte zu vermitteln, sondern ausgehend von den Werten der Jugendlichen diese mit dem normativen Rahmen von Youth Work zu verknüpfen. Die von der Politik vertretenen Werte sollen mit dem Ziel dekonstruiert werden, dass Jugendliche herausfinden, welche Veränderungen sie in der aktuellen Situation für wichtig halten und wie sie zur Entwicklung ihrer eigenen europäischen Erzählung beitragen wollen.

Erasmus+ Programm 2021-2027²⁸

Mit dem Programm Erasmus+ Jugend werden Jugendprojekte bzw. die außerschulische Jugendarbeit gefördert. Zu unterscheiden sind die beiden Förderschienen Key Action 1 und 2.

Unter ersterem werden Projekte gefördert, die Jugendbegegnungen bzw. „den Austausch zwischen jungen Menschen aus verschiedenen Ländern zu einem gesellschaftlich relevanten Thema ermöglichen“ (OeAD o. J.).²⁹ Dabei besteht die Möglichkeit, sich mit einem Projekt zu bewerben oder die Akkreditierung für ein wiederkehrendes Projektvorhaben zu beantragen. Die Antragstellung ist zweimal im Jahr möglich.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden innerhalb der Key Action 1-Projekte so genannte Fachkräftemobilitäten. Diese umfassen Weiterbildungsangebote für Jugendarbeiter*innen sowie „den Austausch und Kontakt zwischen im Jugendbereich tätigen Personen“ (ebd.). Die Projektlaufzeit kann drei bis 24 Monate umfassen und verlangt eine Beteiligung von mindestens zwei Organisationen.

Die dritte Säule bilden „Youth Participation Activities“, also Projekte, die zum Ziel haben, Aktivitäten des non-formalen Lernens zu fördern und eine „Beteiligung von jungen Menschen am gesellschaftlichen und demokratischen Leben zu verankern.“ (ebd.). Die Projekte können ebenfalls drei bis 24 Monate dauern und sind für die Zielgruppe der 13- bis 30-Jährigen zu konzipieren.

Key Action 2-Projekte umfassen Kooperationsprojekte, die zum einen eine „niederschwellige Zusammenarbeit von Organisationen des Jugendbereichs mit Partnern auf europäischer Ebene ermöglichen.“ (ebd.) (= „Kleinere Partnerschaften“) und zum anderen „Entwicklung, Transfer und Implementierung innovativer Praktiken im Jugendsektor (...) sicherstellen“ (ebd.) (=

²⁷ Dazu müssten Diskussionen zu Bedingungen interkulturellen Lernens in der europäischen Jugendarbeit ebenso beachtet werden wie der Hinweis, dass internationale Begegnung nicht automatisch interkulturell bedeutet. Weiterführend: Ohana und Otten (2012).

²⁸ Infokasten der AG OKJA zum besseren Verständnis von Ohanas Ausführungen.

²⁹ OeAD o.J.: <https://erasmusplus.at/de/jugend/> [03.11.2024].

„Kooperationspartnerschaften“). Darüber hinaus werden gemeinsame Initiativen gefördert, die eine entsprechende Zusammenarbeit, Peer-Learning und einen Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene verfolgen.

„Kleinere Partnerschaften“ dürfen sechs bis 24 Monate dauern. Abhängig vom Umfang der geplanten Aktivitäten, kann ein Pauschalbetrag in der Höhe von 30.000 oder 60.000 Euro beantragt werden. Als besonders relevant werden nationale Prioritäten (horizontale Prioritäten liegen auf Inklusion und Vielfalt, jugendspezifische Prioritäten auf Förderung von Qualität, Innovation und Anerkennung der Jugendarbeit) erachtet. Ein Förderantrag kann nur von einer in einem Programmland ansässigen Einrichtung gestellt werden, aber nicht von Einzelpersonen.

„Kooperationspartnerschaften“ bestehen aus einer Kooperation von mindestens drei Einrichtungen oder aus drei verschiedenen Programmländern und müssen mindestens eine der vier allgemeinen oder eine spezifische Priorität des Bereichs Jugend ansprechen. Die Projektlaufzeit kann 12 Monate bis 36 Monate betragen. Die Projektfördersumme bewegt sich zwischen mindestens 100.000 bis maximal 400.000 Euro und kann nur von einer in einem Programmland ansässigen Einrichtung beantragt werden, nicht aber von Einzelpersonen.

European Youth Work Agenda – Agenda für europäische Jugendarbeit³⁰

Die Europäische Agenda für Jugendarbeit, welche im November 2020 im Rat der Europäischen Union verabschiedet wurde, soll ein strategischer Rahmen für die Weiterentwicklung und Stärkung der Jugendarbeit in ganz Europa sein. Ziel der Agenda ist es, Jugendarbeitspolitiken und -praxen gemeinsam mit allen Stakeholdern der Jugendarbeit weiter zu entwickeln. Dabei sollen folgende konkrete Ziele erreicht werden:

1. Die Implementierung der Europäischen Jugendarbeitsagenda im Bonn Prozess als strategischer Rahmen für die Entwicklung von Jugendarbeit in Europa.
2. Jugendarbeit soll als essentieller Teil von Jugendpolitik etabliert werden.
3. Angebote der Jugendarbeit sollen sichergestellt und ausgeweitet werden.
4. Die gemeinsame Basis von Jugendarbeit soll durch Kooperation innerhalb und außerhalb der Community of Practice der Jugendarbeit gestärkt werden.
5. Die Qualitätsentwicklung von Jugendarbeit soll weiterentwickelt werden.
6. Die Fähigkeit von Jugendarbeit, aufkommende Herausforderungen und Innovationen anzugehen und ihre Praktiken zu innovieren.
7. Verbesserung der Förderung und Anerkennung von Jugendarbeit.
8. Die starke Rolle von Jugendarbeit in der neuen Normalität soll gewährleistet werden.

³⁰ Nähere Informationen zur Europäischen Agenda für Jugendarbeit: <https://www.eywc2020.eu/en/agenda/> [03.11.2024].

Wichtiger Aspekt der Europäischen Agenda für Jugendarbeit ist die transnationale Zusammenarbeit und Einbindung aller Ebenen der Jugendarbeit – von der Basis bis zu europäischen Institutionen. Mit der Europäischen Agenda für Jugendarbeit ist eine wichtige und essentielle Grundlage geschaffen worden, Jugendarbeit in ganz Europa sicherzustellen und weiterzuentwickeln.

Wie sich diese Agenda jedoch konkret auf die Jugendarbeit in Europa und Österreich auswirken wird, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen. Mit der Agenda für Jugendarbeit wurde jedoch ein bedeutender Akzent für die Weiterentwicklung von Jugendarbeit in ganz Europa von den Jugendminister*innen der EU-Mitgliedsstaaten gesetzt. Auch für Österreich könnte dies in Zukunft von Bedeutung werden: Denn die Agenda kann auch einen neuen Rahmen für die Entwicklung und Stärkung von Jugendarbeit in Österreich werden.

3) Politischer & Sozialer Wandel

Eine politische Dimension von Youth Work wird meistens damit in Verbindung gesetzt, ob und wie *Veränderung* ein explizites Ziel in von Youth Work-Programmen in Österreich finanzierten Projekten sein soll. Es wird angenommen, dass junge Menschen, die "Changemaker" ihrer Gemeinschaften und Gesellschaften sind, sprich diese verändern können. Laut Erasmus+ und Aussagen der Medien über Youth Work-Projekte sollen persönliche Wirksamkeitsvorteile von Lernmobilität langfristig zu politischen Veränderungen und sozialem Wandel führen. Evaluierungen belegen jedoch, dass „jung sein“ keine notwendige oder hinreichende Bedingung für aktives Engagement für gesellschaftspolitische Anliegen ist, wodurch Ungerechtigkeiten problematisiert und die aktuellen grundlegenden Bedingungen dafür kritisch reflektiert werden. Selbst wenn spezifische Themen, wie Menschenrechte, sozialer Frieden, interkulturelle Beziehungen, soziale Ausgrenzung und/oder Diskriminierung explizit thematisiert werden, ist nicht davon auszugehen, dass Strategien für Veränderungen entwickelt und umgesetzt werden.

Akteur*innen von Youth Work in Europa müssen sich darüber bewusstwerden, dass sie sich auch mit Prozessen und Akteur*innen außerhalb des Kontexts Youth Work befassen müssen, um sozialen Wandel voran zu treiben. Die Diskussion zu interkultureller Bildung von Youth Work in Europa sollte nicht nur für Vielfalt zulässig sein. Vielmehr muss es auch darum gehen, gegen **Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten** einzustehen, ohne sich dafür entschuldigen zu müssen.

Durch politisches Handeln der Regierungen und als Ergebnis restriktiver, administrativer und bürokratischer Ansätze wird die Funktion der Zivilgesellschaft, ein Raum für Konsensbildung zu politisch sensiblen Themen zu sein und Lösungen auszuhandeln, immer weiter eingeschränkt. Europäische Programme könnten ein Gegenpol zu dieser Entwicklung sein und den

Handlungsspielraum der jungen Zivilgesellschaft zugunsten der Demokratisierung der europäischen Demokratie erweitern.³¹ Damit dies ein vorrangiges Ziel von Youth Work in Europa werden kann, Gruppen von Stakeholder*innen, die über die weitere Entwicklung dieser Programme entscheiden, Machtstrukturen und ihre Auswirkungen auf den europäischen Jugendsektor und das Leben junger Menschen auf nationaler und europäischer Ebene erkennen. Im Rahmen der Leitaktion 3 (KA3) konnte festgestellt werden, dass es für Nationalagenturen und all jene, die Erasmus+ umsetzen, notwendig ist, über die eigene Beteiligung an der Machtdynamik im Youth Work Sektor Bescheid zu wissen und die Auswirkungen dessen zu berücksichtigen. Auch wenn dies keinesfalls als eine transformative Lernagenda für die Programme selbst gesehen werden kann, so ist es doch ein erster Schritt hin zu einem reflexiven und strategischen Verständnis des Systems, zu dem der europäische Jugendsektor zweifelsohne geworden ist.

4) Partizipation

Aus obigen Reflexionen geht hervor, dass Youth Work in Europa Möglichkeiten für junge Menschen bietet, sich aktiv zu beteiligen. Die Zufriedenheit mit dem Aspekt der Partizipation von jungen Menschen durch Youth Work ist hoch. Die Teilnahme an einem europäischen Youth Work-Programm kann ein Wendepunkt im Leben von jungen Menschen sein, egal ob es um professionelle und soziale Orientierung oder um persönliche Motivation geht.³² Auch auf politischer Ebene wird Jugendpartizipation konsistent als strategischer Wert für die Demokratie Europas eingestuft. Youth Work wird als „Schule der Demokratie“, als Entwicklerin von Kompetenzen für zivilgesellschaftliches Engagement für das ganze Leben und als Beitrag zur Lösung von sozialen und politischen Herausforderungen gesehen. Für einen großen Anteil der Community of Practice ist Jugendpartizipation als Prinzip ein Schlüsselkriterium für die politische Dimension von Youth Work in Europa. Obwohl europäische Youth Work-Programme eine lange Geschichte der Entwicklung von Jugendpartizipationsprojekten haben und es eine signifikante technische Expertise darin gibt, reproduziert Youth Work in Europa die Entmündigung von sinnvoller Beteiligung. Dadurch reproduziert sie schwer zugängliche Strukturen und Ansätze, welche exklusiv und „tokenistic“ sind. Forschungen zeigen, dass junge Menschen die Altersgruppe mit dem geringsten Vertrauen in die Demokratie sind.³³

Jugendpolitische Entmündigung zeigt sich in mehreren europäischen Staaten und auf europäischer Ebene. In der formalen Politik (zum Beispiel bei Wahlen) liegt dies an demographischen Trends, da die Bevölkerung in ganz Europa altert und dadurch Mainstream-Politik für die Interessen älterer Menschen gemacht wird. Außerdem betrachten junge Menschen Wahlen verstärkt als ein Recht und weniger eine

³¹ Weiterführend: Forbrig (2005).

³² Weiterführend: Thomas, Chang und Abt (2007).

³³ Guildford (2016). Zum hier verwendeten Begriff „Demokratie“ siehe Verba und Nie (1972) und European Youth Forum (2018).

Verantwortung. Laut Soziologin Anne Muxel wird Abstinenz daher als eine Form von politischer Botschaft der politisch Entmachteten – junge Menschen inkludiert – gesehen. Gleichzeitig gibt es auch Zeichen der Veränderung in die andere Richtung. Bei den EU-Wahlen 2019 haben jugendliche Wähler*innenstimmen stark zugenommen. Diese Entwicklung kann durch die zivilgesellschaftliche „Wiedereinschaltung“ junger Menschen durch Basisbewegungen wie *Fridays For Future* erklärt werden. Politische Verantwortung und Handeln wurden dadurch auf die Tagesordnung einer Generation gesetzt. Trotzdem bleiben diese Trends stark orts- und wahlspezifisch.

Veränderte Realitäten des Aufwachsens:³⁴

1. Die Welt, in der Jugendliche heutzutage aufwachsen, unterscheidet sich fundamental von Lebenswelten vor 20 Jahren. Jugendarbeitslosigkeit ist europaweit eine große Herausforderung, der Arbeitsmarkt ist unsicherer geworden, Wohnen ist oft nicht leistbar, psychische Krankheiten werden häufiger und gesellschaftliche Spaltungstendenzen verstärken sich zusehends.
2. Die traditionelle Politik wird durch Social Media gestört. Dies hat unsere Fähigkeit, sich miteinander zu verbinden, und die Natur des öffentlichen Diskurses verändert. Die legale und illegale Manipulation von Social Media Inhalten birgt das Risiko, dass das Vertrauen in öffentliche Institutionen untergraben wird.
3. Der Glaube an Demokratie als etwas Positives nimmt ab, weil neue Generationen die Einschränkungen des vorherrschenden Regierungssystems und dessen Repräsentation erleben und fühlen.

Es zeigt sich eine Werteververschiebung unter jungen Menschen, insbesondere hinsichtlich des Anstiegs von neuen Leistungswerten gegenüber Traditionen. Während formale und repräsentative Kontrolle und Institutionalismus gegenwärtige Gegebenheiten darstellen, zeigt sich die Jugend orientiert an informellen und vernetzten Kontrollmechanismen, an aktiver Zustimmung und Selbstorganisation. Es geht nicht mehr nur um Wettbewerb, Exklusivität und Ressourcenfestigung, sondern auch um Kooperation, crowd wisdom, open sourcing und das Teilen von Wissen und Fertigkeiten. Der angeblich so diskreten Trennung privater und öffentlicher Sphären, welche allzu oft zu undemokratischen Absprachen und Entscheidungsfindungsprozessen führt, hält die junge Generation das Postulat radikaler Transparenz entgegen. DIY- und Maker-Culture sind ermächtigende Konzepte, die ein neues Verständnis von Spezialisierung und Expertise schaffen. Die Teilnahme an politischen Prozessen war traditionell an Loyalität und langfristiger Mitgliedschaft orientiert, die Zukunft deutet jedoch auf kurzzeitigere Zugehörigkeiten und dafür mehr Teilhabe hin.

Welche Qualität hat die politische Beteiligung, die von europäischen Youth Work-Programmen angeboten wird?

³⁴ Farrow (2018).

Der Spielraum von Teilnehmer*innen, die Projektentwicklung in Eigeninitiative zu leiten, wird durch Finanzierungsvorgaben und politische Prioritäten eingeschränkt. Dies bedeutet, dass junge Menschen weniger darin unterstützt werden, wichtige Angelegenheiten oder Ungleichheiten in ihrem näheren Umfeld oder im Ausland anzusprechen. Damit Veränderung und sozialer Wandel ein realistisches Ziel von Projekten von Youth Work in Europa sein können, müssen kollektive Lern- und Handlungsdimensionen ausreichend artikuliert und gegenüber jungen Menschen verstärkt als Zielsetzungen kommuniziert werden. Aus der Praxis wird Kritik dazu laut, dass politische Prozesse in diesen Programmen nur simuliert würden und junge Menschen nie die Möglichkeit hätten, echte Entscheidungen zu treffen, die von der Politik dann auch tatsächlich umgesetzt oder befolgt würden. Um herauszufinden, ob diese Programme einen echten Beitrag zu Empowerment und Emanzipation leisten, stellt sich die Frage, ob junge Menschen als aktive Bürger*innen und Akteur*innen von sozialer Veränderung oder als Konsument*innen von Lernprozessen verstanden werden.

Soziale Inklusion ist ein wichtiger Bestandteil der politischen Dimension von Youth Work in Europa. Daher wird die Bereitstellung von Angeboten, die einen gleichberechtigten Zugang für alle zu internationaler Youth Work ermöglichen, als zentrales Ziel erachtet. Viele Politiker*innen und Funktionär*innen setzen auf Youth Work, wenn es um den Erhalt des sozialen Friedens und Radikalisierungsprävention geht. Es bestehen jedoch ein paar grundlegende Probleme hinsichtlich des Ansatzes von Beteiligung und Inklusion:

- Junge Menschen mit Migrationsvordergrund, religiöse oder ethnische Minderheiten und ökonomisch benachteiligte Jugendliche werden stigmatisiert, weil Diskriminierungen und Ausschlüsse kein Teil der Diskussion sind.
- Radikalisierung wird als exklusives islamisches Phänomen betrachtet, es erfolgt somit eine „Ethnisierung“ des Problems.³⁵
- Es sind nur beschränkte Ressourcen vorhanden, um sich mit spezifischen Zielgruppen und deren Communities zu beschäftigen.
- 95 Prozent der jungen Menschen in Europa nehmen nicht an den europäischen Programmen teil.³⁶

Laut Goran Buldioski (2018) sind die effektivsten Strategien für sozialen Wandel zivile Aktionen, die auf den alltäglichen Interessen von Menschen beruhen und etwas in ihrem Leben oder in der Gesellschaft als Ganzes bewirken.³⁷

³⁵ Anm. AG OKJA: Und zugleich stellen wir ein brachiales Wegschauen gegenüber einer sich zunehmend radikalisierenden rechtsextremen und rechtsterroristischen Szene in ganz Europa fest.

³⁶ Siehe auch <https://www.zugangsstudie.de/> [03.11.2024] und Youth Goal 11.

³⁷ Ebenso: Farrow (2018).

Jede Diskussion um Jugendpartizipation und ihren Platz in der Youth Work muss die digitale Revolution mitdenken. Jugendpartizipation hat sich durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien und Social Media radikal verändert.

Die neue EU-Strategie stellt fest, dass digitale Kommunikation, Lernen und Kontakt-Tools hilfreich sein können, um junge Menschen zu erreichen und die Qualität der Partizipation zu erhöhen. Aber auch hier gibt es Verbesserungsbedarf, beispielsweise dabei, wie und nach welchen Regeln die digitale Einbeziehung stattfinden soll.³⁸

Eine gute politische Antwort darauf wäre ein Partizipations- und Inklusionskonzept, das junge, von der Gesellschaft ausgeschlossene, Menschen dabei unterstützt, solidarisch zu agieren und sich durch Partizipation in der Youth Work in Europa und in Peer-Communities kritisch einzubringen. Möglichkeiten dafür bieten der European Solidarity Corps³⁹ (seit 2018) und Erasmus+ (erneuert 2021). Zum Abschluss kann gesagt werden, dass ein gerechteres und inkludierendes Europa eine Youth Work erfordert, in der die politische und zivile Dimension sowohl explizit als auch mit der persönlichen Entwicklung und der sozialen Dimension verbunden ist.⁴⁰

5) Macht und Handeln

Youth Work in Europa leistet einen Beitrag zur Entwicklung politischer und sozialer Handlungsfähigkeit. Studien legen nahe, dass Engagement das Selbstbewusstsein, die Motivation und die Kompetenz junger Menschen, sich für gesellschaftliche Belange und sich generell sinnvoll einzusetzen, steigert. Es werden Wissen, Fertigkeiten und Haltungen entwickelt, die politisch relevant und nützlich sind. Gleichzeitig bleibt in der Diskussion um Veränderung einerseits offen, auf welcher Ebene politische Handlungsfähigkeit erwartet wird, andererseits werden unrealistische Erwartungen an Youth Work gestellt.

Zur Entwicklung politischer Handlungsfähigkeit spielen die folgenden drei Faktoren eine zentrale Rolle:

1. Kompetenzen von Jugendlichen und von Jugendarbeiter*innen bzw. Jugendgruppenleiter*innen: Realistische und tragfähige Kompetenzen für Jugendliche, Machtfragen und realistische Machtverhältnisse (dies auszublenden führt zu Entmachtung als signifikante Erfahrung), fehlendes Wissen über nötige Kompetenzen zur Jugendbeteiligung (Kompetenzmodelle), emanzipatorische Pädagogik.

³⁸ An diesen Punkt knüpft das European Youth Goal 4 an. Weiterführend: Stognienko (2016), Council of Europe (2018), European Commission (2018). Beispiele: European Youth Portal https://europa.eu/youth/home_en; OPIN - Plattform for youth eParticipation in Europe <https://opin.me/en/> oder Werkstatt der bpb <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/> [03.11.2024].

³⁹ <https://www.salto-youth.net/rc/solidarity/> [03.11.2024].

⁴⁰ Weiterführend: European University Institute (2018).

2. Räume und Möglichkeiten für junge Menschen im Rahmen eines Projekts.
3. Unterstützung und Ressourcen, die zum Kontext des Projekts der jungen Menschen passen.

Überdies zeigt sich, dass Praktiker*innen den Begriff des „Politischen“ zurückhaltend einsetzen. Dies geschieht aus der Furcht heraus, als Vertreter*innen einer bestimmten „politischen Agenda“ identifiziert und dadurch delegitimiert zu werden, sowohl von den Jugendlichen als auch den Geldgeber*innen.⁴¹ Zudem fehlt vielen Praktiker*innen auch die Handlungsfähigkeit, junge Menschen in politische Prozesse einzubeziehen. Das Wissen um Haltungen und Ideen der kritisch-emanzipatorischen Pädagogik und/oder den Projekten von Youth Work in Europa scheint nur mehr marginal vorhanden zu sein. In Ausbildungswegen von Youth Work ist die Menschenrechtsbildung keineswegs flächendeckend nachweisbar.

Wo sollte der Schwerpunkt bei der Kompetenzentwicklung für die Mitarbeiter*innen von Projekten von Youth Work in Europa liegen?

Im Konzept der Civic Youth Work von Roholt, Baizerman und Hilderath (2013) gibt es zwei Schwerpunkte zur Kompetenzentwicklung:

1. Arbeit mit den eigenen Vorstellungen junger Menschen von der Demokratie, an der sie teilhaben wollen.
2. Arbeit mit Ideen und Plänen zur Verwirklichung dieser Vision.

Mit anderen Worten: Jugendarbeiter*innen sollen kompetent darin sein, jungen Menschen zu helfen, Demokratie zu erleben und ihre Entwicklung in ihren eigenen Gemeinschaften und Gesellschaften zu beeinflussen. Außerdem sollen sie jungen Menschen ermöglichen, Demokratie zu demokratisieren.

6) Pädagogik

Der wahrscheinlich herausforderndste Aspekt des „Politischen“ in der Youth Work in Europa ist die tatsächliche methodische Praxis und angewandte Pädagogik, die Konzeptualisierung und Gestaltung von Ansätzen politisch zu sein oder nicht.

Es gibt relativ wenige Analysen über die pädagogische Praxis des Politischen, die während solcher Projekte durchgeführt wird sowie darüber, wie diese Praxis zu den festgestellten Ergebnissen beiträgt, obwohl eine große Anzahl solcher Projekte eine umfangreiche Dokumentation über die verwendeten Methoden beinhaltet. Umfangreich ist auch der Literaturkorpus zu Konzepten der kritischen

⁴¹ Exemplarisch: taz (2018): „Jugendarbeiter über Rechtsextremismus: ‚Wir sind nicht mehr‘“
<https://www.youtube.com/watch?v=wAVrEgzXaVM> [03.11.2024].

Pädagogik⁴². Das verfügbare Wissen weist darauf hin, dass das Politische auf zwei Arten operationalisiert wird.

Gibt es bereits fundierte Youth Engaging Ansätze in der Pädagogik von Youth Work?

Es existieren Curricula, Aktivitäten und Methoden, die in ihren pädagogischen Zugängen viele der kritischen, reflexiven und demokratischen Charakteristika aufweisen und im Sinne des Youth Engaging konzipiert sind. Zumindest lassen sich viele Bezüge zur Praxis des Erfahrungslernens und der demokratischen Gruppenarbeit finden.

Ausgangspunkt dieser Formate sind die persönlichen Erfahrungen der jungen Menschen. Diese werden gemeinsam mit den Jugendarbeiter*innen ganzheitlich reflektiert und analysiert. Einen wesentlichen Punkt stellt dabei die Analyse der politischen Antriebskräfte, welche zur aktuellen Situation geführt haben, dar. In diesen Reflexionen fehlt jedoch oft der Aspekt der Beziehung zwischen der lokalen oder sogar persönlichen Situation und wie dies mit Europa zusammenhängt. Weiters wird nicht thematisiert, wie Europa eine Plattform sein kann, in der sich junge Menschen für Veränderung engagieren können und welche Fähigkeiten sie dafür benötigen.

Die zweite Art, wie das Politische operationalisiert wird, ist in drei Möglichkeiten identifizierbar:

1. Einige hegemoniale „Schulen“ des pädagogischen Denkens sprechen sich zwar gegen Diskriminierung aus, vermitteln aber dennoch Stereotype, Vorurteile und problematische Zuschreibungen. Einige betonen ihr Verständnis von „Kultur“ in einem derart statischen Sinne, dass erst recht Stigmatisierungen die Konsequenz sind.
2. Toolbox-Ansatz: Etablierte Methoden wie z.B. Bildung für demokratisches Citizenship, Menschenrechtsbildung, interkulturelles Lernen und globale Bildung werden auf eine große Anzahl an Zielen und Zielgruppen angewandt, ohne eine konkrete Rechtfertigung und Argumentation dafür zu haben, warum die jeweilige Methode als passend erachtet wird. Es entsteht der Eindruck, diese Methoden wären „Rezepte“.
3. Methoden werden zufällig zusammengestellt und ausgewählt, weil Teilnehmende Spaß daran haben und sie neu und trendy sind, jedoch ungeachtet dessen, ob sie tatsächlich zum Erreichen der anvisierten Ziele beitragen können. Hierbei ist meist die „Performance“ des*der Praktikers*in ins Zentrum der Aufmerksamkeit, als Unterhalter*in, „Guru“, Star gerückt – Themen und Ideen von Jugendlichen und wie man daran arbeiten kann, geraten aus dem Blick.

Um den Charakter von pädagogischer Praxis in Europäischen Youth Work-Projekten einzuschätzen, bietet sich folgendes schematisches Begriffsinventar an, das Stufen von einem idealtypischen Youth Work-Prozess nachzeichnet: Erfahren – Kommunizieren – Beteiligen – Co-Creating –

⁴² z.B. das „all different - all equal“ Bildungspaket oder das Handbuch für Menschenrechtsbildung, (Compass: Manual for Human Rights Education, Gender Matters und Bookmarks).

Transformieren/Verändern. Erfahren und Kommunizieren werden großteils abgedeckt. Bei den weiteren Stufen ist dies nicht mit Sicherheit gegeben.

Das Politische in der Pädagogik von Youth Work in Europa steht vor einer weiteren, großen Herausforderung: Die Auswirkungen der sozialpolitischen Entwicklungen auf das Leben junger Menschen, nämlich die Kontroversen und Widersprüche, die sie in diesen Entwicklungen identifizieren, erfahren und denen sie unterliegen, sind kaum unmittelbar nachvollziehbar. Welche Fragen haben Jugendliche an Verantwortungsträger*innen und sich gegenseitig? Auf welche Art und Weise wollen sie zu Veränderung beitragen? Wie bezieht sich irgendetwas oder alles davon auf Europa?

Diese Fragen sind grundlegend für die Eruierung der Identität von Youth Work in Europa. Des Weiteren stellt sich die Frage, wie die Praktiker*innen ihre Rolle und Youth Work in Europa in der Realität miteinander verbinden. Dies bedeutet auch, die eigene Komfortzone zu verlassen.⁴³

Bezugnehmend auf Christine Doddington haben Ohana und Otten (2012) drei Dimensionen der Erneuerung vorgeschlagen, um einen qualitativen Sprung in Richtung einer kritischeren, demokratischeren, emanzipatorischen und empowernden pädagogischen Praxis zu machen:

1. Die „Pflicht, intolerant zu sein“: Wenn Menschenrechte verletzt werden, muss Youth Work eingreifen!
2. Die Demokratisierung von europäischer Demokratie als ein andauernder Prozess, sich das Unmögliche vorzustellen und gemeinsam neue europäische Narrative zu gestalten (was bedeutet, dass junge Menschen sich ihrer Position als Mitglieder einer politischen Gemeinschaft d. h. als Bürger*innen bewusst werden).
3. Die Bemühung zu einem*einer interessierten und informierten Akteur*in in der Gesellschaft zu werden, der*die seine Solidarität durch alltägliche Handlungen mit anderen auslebt.

Zusammengefasst braucht es in der Youth Work Europas also einen Ansatz und eine Pädagogik, die vom Verständnis abrückt, junge Menschen seien bloß Lernende und Konsument*innen von Pädagogik. Es braucht eine Pädagogik, die gemeinsam mit Jugendlichen Visionen europäischer Lebensrealitäten konstruiert. Dieser Prozess benötigt auch ein Re-branding von Youth Work in Europa und relevanten Unterstützungsprogrammen in der Öffentlichkeit: Hier soll weniger die hedonistische Lernerfahrung im Vordergrund stehen als vielmehr die Relevanz, anderer Meinung zu sein, den Dialog zu suchen und Veränderung anzustreben, betont werden. Denn das sind die Voraussetzungen zum emanzipatorischen Umgang mit Gerechtigkeit und Menschenrechten.

⁴³ Weiterführend: Ohana und Otten (2012); Buldioski (2018), Giroux (2009).

Teil 3: Am Ende ein Neuanfang? Startpunkte für die Erneuerung von Youth Work in Europa

Unabhängig vom Ausmaß existierender exzellenter Youth Work in Europa gibt es ausreichend Hinweise in Forschungsberichten und Evaluierungen von Europäischen Youth Work-Programmen für einen Rückgang des Politischen. Dies zeigt sich in der Abwesenheit politisch heikler Themen ebenso, wie in der Entkopplung bestimmter Methoden von ihren ursprünglich aktivistischen oder auf sozialen Wandel ausgerichteten Hintergründen.

Nicht alle Formen gegenwärtig praktizierter Youth Work in Europa adressieren politische Ziele oder politisierte Zielgruppen. Gleichzeitig sollte Youth Work, die behauptet politische Bildung anzubieten, in der Lage sein, dies mit Selbstbewusstsein und einem klaren Verständnis für das Warum und Wie zu artikulieren. Dies erfordert eine fundierte kritische und selbstreflexive Haltung hinsichtlich der politischen Agenden, Praxen und Ergebnisse sowie deren Ineinandergreifen insbesondere bei jenen, welche die Programme durchführen und jenen, die das Personal auswählen.

Um für den europäischen Integrationsprozess und seine demokratische Entwicklung politisch relevant zu werden, muss Youth Work etwas dazu beitragen, dass junge Menschen als Akteur*innen und Beeinflusser*innen einen Platz in diesen Prozessen haben. Sowohl auf einem formalen, institutionellen Level wie auch in informellen Sozialisationsprozessen, die in der täglichen Arbeit stattfinden, ist dies von Relevanz. Nachfolgend werden eine Reihe von Startpunkten dargestellt, die Stakeholder*innen des Europäischen Sektors von Youth Work beachten sollten.

1) Eine transparente und gemeinsame Diskussion

Im europäischen Jugendsektor finden bereits zahlreiche Debatten über und um dieses Thema statt. Diese finden derzeit jedoch in institutionellen und nationalen Silos auf Initiative einiger weniger statt, die von anderen ignoriert werden. Beteiligt sind etwa Ausbilder*innen, Jugendarbeiter*innen und Projektmitarbeiter*innen, nicht jedoch politische Entscheidungsträger*innen und Forscher*innen oder umgekehrt. Langfristig muss dieses Thema als ein aktuelles Thema erkannt und bearbeitet werden, um ein institutionelles Mandat zu erhalten. Es gibt viele bevorstehende und laufende Möglichkeiten, wie die Politik unterstützen kann, um eine umfassendere, internationale Debatte über die politische und bürgerschaftliche Mission der Youth Work in Europa zu entwickeln und zu erarbeiten.

Es ist wichtig, anhaltende Debatten und eine Kultur des Dialogs zu etablieren, auch wenn die Themen kontroversiell, sensibel und unangenehm sein können. Die Praxis von Youth Work vereint viel Wissen darüber, wie mit verschiedenen Institutionen, Zivilgesellschaft und mit öffentlichen und privaten Initiativen zusammengearbeitet werden kann. Dieses Wissen muss geteilt werden. Überdies zeigt sich die Notwendigkeit zu überlegen und planen, wie diese Themen auf die Agenden von Entscheidungsträger*innen gelangen und verbindlicher verfolgt werden.

2) Angeleitetes Peer Learning

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten des Peer-Learnings und Networkings für Jugendarbeiter*innen. Damit treten jedoch auch einige Probleme auf:

- Sehr wenige fokussieren die politische und die staatsbürgerliche Mission (civic mission).
- Die innovativsten und interessantesten Praktiken werden selten angewendet.
- Die Umsetzung dieser in unseren politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen ist unklar.
- Sie sind nicht interdisziplinär und beziehen sich nicht aufeinander.

Der Youth Work Sektor benötigt also mehr Peer-Learning und Networking, um Erfahrungen und Wissen besser und strategischer nutzen zu können.⁴⁴ Viele solcher Angebote werden im Rahmen von ergebnis- und produktorientierten Projekten umgesetzt und haben keine langfristige Wirkung. Die Institutionalisierung der Akademie für Jugendarbeit (Start: Mai 2019)⁴⁵ birgt das Potenzial, eine Austauschplattform für Fachkräfte zu bilden, im Rahmen derer sie sich zu den neuesten Entwicklungen und Erkenntnissen zum Thema Jugend, Youth Work und politischen und zivilgesellschaftlichen Artikulationen austauschen könnten.

Bei der Entwicklung solcher Plattformen bedarf es an Aufmerksamkeit für die Interaktion, die langfristige Wirkung sowie die Sicherstellung einer langfristigen Finanzierung. Außerdem müssen solche Plattformen einen sicheren Rahmen für die Entwicklung eines politischen Selbstbildes der Fach-Community bieten.⁴⁶

⁴⁴ Beispiele: Aware and Active - Förderung von aktiver Bürger*innenschaft und interkulturellem Verständnis <https://iz.or.at/projekte/aware-and-active/> und Youth For Human Rights <https://euroopanooored.eu/meist/tegevused/noored-inimoiguste-eest/human-rights-education/> [03.11.2024].

⁴⁵ European Academy on Youth Work: <https://www.eayw.net/> [03.11.2024].

⁴⁶ Beispiel: Apolitical <https://apolitical.co/> [03.11.2024].

3) Mehr und bessere Möglichkeiten und Angebote zur Kompetenzentwicklung

Jugendarbeiter*innen benötigen angemessene Bildungs- und Weiterbildungsangebote, um diese erforderlichen Fähigkeiten zu entwickeln. Folgende Kompetenzen müssen stärker Beachtung finden: Kritisches Denken, systematische Untersuchung und Veränderung sozialer Probleme, politische Fähigkeiten, psycho-emotionale Kompetenz und Medienkompetenz.

In zusätzlichen Trainings sollen Jugendarbeiter*innen und Projektmitarbeitende diese Kompetenzen erlernen, um

- mit Selbstvertrauen zu politischen Themen mit jungen Menschen arbeiten zu können,
- den civic und politischen Scharfsinn von jungen Menschen entwickeln zu können und
- ihren eigenen Standpunkt zu politischen Themen und Prozessen, welche im Kontext ihrer Arbeit stehen, einnehmen zu können.

Ein sinnvoller nächster Schritt hierzu wäre die Wiedereinführung regelmäßiger „standardisierter“ Trainingskurse für Jugendarbeiter*innen auf europäischer Ebene, um die Grundlagen der kritischen Pädagogik nach Paulo Freire zu erlernen und Verbindungen zu gegenwärtigen Entwicklungen herstellen zu können.⁴⁷

Wie verhält sich zum Beispiel der Kontext, in dem Paulo Freires „Pädagogik der Unterdrückten“ (1968) entstand, zu den gegenwärtigen sozialen und politischen Entwicklungen, in denen Youth Work in Europa agiert? Welche Art von Verbindungen muss Youth Work in Europa mit dem „Globalen“ haben, um ein effektives Werkzeug für die kritische Bürger*innenschaft junger Menschen zu sein, und wo passen die Ideen der europäischen Bürger*innenschaft hinein?

Derartige Fragen müssten im Zentrum der Diskussionen stehen, um die Aus- und Weiterbildung von Jugendarbeiter*innen/Leiter*innen zu konzipieren. Statt einer fachlichen Nische muss das Politische wieder zu einer Voraussetzung von Youth Work und in Trainingsangeboten werden.

4) Systematische Evaluation und Forschung

Die pädagogische Praxis von Youth Work und ihre Schlüsselansätze zum Politischen müssen besser und mehr erforscht werden. Insbesondere eine Erhebung dazu, ob und wie Praktiker*innen ihre Arbeit als politisch „konstruieren“ und wie sich dies auf die Wahl von spezifischen Methoden auswirkt, wäre

⁴⁷ Beispiel: MOOC on essentials of youth work <https://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/mooc-on-youth-work> [03.11.2024].

notwendig. Weitere Themen, worauf die Forschung und Evaluation im Kontext von Youth Work fokussieren sollen, sind:

- Manifestation „des Politischen“ in der Youth Work in Europa;
- Formate, die effektiv Kompetenzentwicklung von Jugendlichen und Aktivismus für sozialen Wandel kombinieren;
- Konkrete Methodenwahl und Rechtfertigung dafür;
- Themenauswahl sowie die Frage, warum und wie diese gewählt wurden;
- Notwendige, beobachtbare und relevante Kompetenzen von Jugendarbeiter*innen;
- Herausforderungen für Praktiker*innen und Beteiligte im Prozess zum Politischen zu arbeiten, sowie die Konsequenzen davon auf sie und ihre Arbeit;
- Möglichkeiten und Hindernisse für junge Menschen, um zu Mitgestaltenden von politischer Youth Work und deren Inhalten zu werden;
- Umsetzung des Lerninhalts und der Erfahrungen von Teilnehmenden im politischen Aktivismus und Strategien;
- Beitrag der pädagogischen Praxis zu größeren Zielen, wie sie im normativen Rahmen festgelegt sind.

Wichtiger als die Frage, WAS erforscht wird, ist die Frage nach dem WIE. Der Ansatz der partizipativen Aktionsforschung ist geeignet, um Jugendliche und Jugendarbeiter*innen selbst in die Forschung zu inkludieren. Noch besser wäre es, wenn junge Menschen selbst die Leitung von Forschungen und Evaluierungen übernehmen würden. Somit würden Jugendliche zu Co-Produzent*innen von Youth Work werden und gleichzeitig für den Arbeitsmarkt relevante Fähigkeiten entwickeln.⁴⁸

Um dies zu ermöglichen, werden jedoch politischer Wille und Führung sowie personelle und finanzielle Ressourcen benötigt, um die Ergebnisse dieser Forschung in der Praxis umsetzen zu können.⁴⁹

⁴⁸ Anm. AG OKJA: In der Diskussion empfinden wir dies als Widerspruch zu den sonstigen Positionen Ohanas – in Teil II Kapitel 2) zum Beispiel spricht sie sich sehr kritisch gegenüber der Fokussierung auf Arbeitsmarktintegration und Employability aus.

⁴⁹ Modelle, die Forschung inspirieren können, sind das Civic Youth Work Model (Roholt et al. 2013), die Frankfurter Deklaration (2015), das "Framework for Competencies for Democratic Culture" (Council of Europe 2018), die "Indicators for monitoring active citizenship" (CEDEFOP 2009) und die Studie "Citizenship education in school in Europe" (EU-RYDICE 2017).

5) Passende Finanzierung

Der Finanzierung von Youth Work in Europa und entsprechenden Projekten geht stets eine politische Verhandlung voraus. Die Finanzierungspolitiken der Europäischen Union haben erhebliche Auswirkungen auf Youth Work. Youth Work kann einen wichtigen Teil der europäischen Zivilgesellschaft darstellen, insbesondere hinsichtlich der Partizipation und politischen (Demokratie-)Bildung von jungen Menschen. Um den in diesem Paper geforderten qualitativen Sprung zu erreichen, sind jedoch strukturelle Änderungen in den Förderungsprogrammen der EU notwendig. Es benötigt angemessene und niederschwellige Möglichkeiten der Finanzierung für Youth Work. In der Vergangenheit lag der Fokus von Förderungen im Jugendbereich vorwiegend auf individuellen Mobilitäten und weniger auf der strukturellen Förderung von Youth Work.

Ein Fokus sollte auch auf die nachhaltige und langfristige finanzielle Förderung von Youth Work und Projekten gelegt werden, um die Qualität der EJA und ihre methodische Praxis zu steigern. Um einen Raum für Innovation zu schaffen, müssen Antragssteller*innen aufgefordert werden, junge Menschen stärker an Projektideen partizipieren und offen darlegen zu lassen, wodurch ihre Projekte an die Diskurse junger Menschen anschließen und sie einbeziehen. Durch diese Herangehensweise wird es möglich, auch partizipative und demokratische Ansätze der Projektgestaltung sowie Bottom-Up-Prozesse zu fördern. Dadurch können mögliche Antragssteller*innen, die derzeit kaum oder gar nicht vom Topf der europäischen Jugendförderungen Gebrauch machen, motiviert werden, Projektanträge zu stellen. Hierfür benötigt es jedoch auch gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

Ein wichtiger Faktor der strukturellen Veränderung von Finanzierungslogiken für Youth Work in Europa ist die Abschaffung der bürokratischen Hürden sowie die Entwicklung von Förderungen für niederschwellige Formate. So könnte die Basis von Youth Work in Europa besser erreicht und damit marginalisierte und armutsbetroffene junge Menschen besser unterstützt werden. Hierfür wird es auch notwendig sein, europäische Youth Work-Programme den jungen Menschen proaktiv nahe zu bringen, anstatt zu erwarten, dass diese von selbst entdeckt werden. Um Partizipation zu erlangen, ist die Möglichkeit allein nicht ausreichend. Offene, mobile und aufsuchende Angebote von Youth Work können hier wertvolle Erfahrungen und Expertisen einbringen.

6) Bildungsinnovation

Die Pädagogik von Youth Work in Europa muss neu gedacht und reformiert werden. Wesentliche Rahmenkonzepte finden sich im Modell Civic Youth Work (Roholt et al. 2013) und in der Frankfurter Deklaration.⁵⁰

Junge Menschen müssen von Konsument*innen zu Gestalter*innen werden. Dazu benötigt es eine Veränderung der Mentalität und Denkweise bei jenen Menschen, die im Kontext von Youth Work Macht- und Autoritätspositionen innehaben, also bei denjenigen, die Entscheidungen über Finanzierungsprioritäten treffen, Youth Work-Projekte verwalten, aber auch bei den Jugendarbeiter*innen, die diese Projekte durchführen. Viel zu oft werden Machtdynamiken und Machtverteilungen der Gesellschaft, in der junge Menschen leben, in Youth Work-Projekten nicht oder zu wenig thematisiert. Das Thema Macht muss jedoch zentraler Bestandteil der Inhalte von Youth Work in Europa werden, um Partizipation und Lernen für die Demokratie zu fördern. Darüber hinaus ist eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie Individuen und Kollektive sich mit Macht und Machtdynamiken, die sie als ungerecht empfinden und verändern wollen, umgehen (können) – in Projekten von Youth Work unabdinglich.

Ein weiteres Thema, dem mehr Bedeutung zugebracht werden sollte, ist die Rolle Europas bzw. der europäischen Zusammenhalt. Junge Menschen benötigen Unterstützung bei der kritischen Reflexion über das aktuelle Europa, um Lücken und Unzulänglichkeiten zu erkennen und gestärkt für ein Europa, das ihren Vorstellungen entspricht, handeln zu können. Youth Work in Europa könnte hierfür Methoden und Ansätze der Bürger*innenbeteiligung vor Ort und des Graswurzel-Aktivismus nutzen. So kann aus Teilnahme Gestaltung und aus Ko-Kreation Transformation werden. Denn diese Bereiche sind derzeit als Lücken in der Praxis und in den Ergebnissen identifizierbar. Weiters würde dies die Youth Work darin stärken, die politische Mission in Richtung politischer Sozialisierung junger Menschen zu fördern. Youth Work muss dafür so nah wie möglich an den Räumen, in denen sich junge Menschen organisieren und austauschen, situiert sein. Dies bedeutet, auch den digitalen Raum als wichtigen Ort der Selbstorganisation anzuerkennen und digitale Jugendarbeit zu fördern.

Was muss zukünftig stärker beachtet werden?

- Die Ideen und Sorgen junger Menschen müssen bearbeitet und auch hervorgehoben werden, anstatt die Sorgen der Jugendarbeiter*innen um Jugendliche in den Vordergrund zu stellen.

⁵⁰ Die Frankfurter Deklaration ist im Wesentlichen eine Aktualisierung des Beutelsbacher Konsenses der wesentlichen Prinzipien politischer Bildung festhält. Die Frankfurter Deklaration denkt diese Prinzipien vom Standpunkt kritisch-emanzipatorischer Bildung her und stellt sie zur Diskussion. Lektüre und Unterzeichnung: <https://sozarb.h-da.de/index.php?id=586> [03.11.2024].

- Gemeinsames Handeln und Lernen, sowie Verständnis von sozialpolitischen Kontexten und die Frage, was sie mit dem Leben junger Menschen zu tun haben (d.h. weniger Fokus darauf, junge Menschen mit Informationen zu füttern).
- Radikale Reinterpretation typischer Begriffe im Kontext Jugend wie Empowerment und Solidarität im Zusammenhang mit Bildungsplanung und der Entwicklung von Kompetenzen für Jugendarbeiter*innen.
- Für Jugendarbeiter*innen und Entscheidungsträger*innen muss ein kritisch-emanzipatorisches Verständnis von politischer Bildung bekannt sein und gelebt werden.

7) Inhalte von Youth Work

Youth Work in Europa sollte sich politischen Themen wie Macht, Europa, europäischer Vernetzung, Politik und politischen Entscheidungen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie aktuellen innerstaatlichen und europäischen Kontroversen und Dilemmata der heutigen Gesellschaft und Geschichte in einer nicht wertenden Weise widmen. Dort wo politische Entscheidungsträger*innen oder Regierungen auf die Interessen von jungen Menschen vergessen oder diese nicht ernst nehmen, sollten Youth Work-Projekte stattfinden. Es benötigt Raum und Möglichkeiten für junge Menschen, ihre eigenen Strategien zu entwickeln und Kompetenzen auszubilden, um Entscheidungsträger*innen zur Verantwortung zu ziehen. Youth Work in Europa muss junge Menschen dazu ermutigen, kontroverse Themen auf den Tisch zu bringen und alternative Narrative der europäischen Identität und Visionen für die europäische Zukunft auszubilden. Diese Ideen müssen auf politischer Ebene bearbeitet und mit jungen Menschen diskutiert werden.

8) Mitgestaltung von Youth Work mit jungen Menschen

Der Mitgestaltung durch Jugendliche bei Youth Work-Projekten und -Politik sollte mehr Gewicht zugestanden werden. Junge Menschen müssen Projekte leiten, selbst Entscheidungen treffen und stärkere Unterstützung bei Projektideen erhalten und nicht nur Aktivitäten konsumieren. Ein geringerer bürokratischer Aufwand und innovative Unterstützungsmaßnahmen wären hierfür hilfreich.

9) Europäisierung von Youth Work

Wenn sie ihren Auftrag eines kritischen Europabewusstseins erfüllen soll, muss sich Youth Work europäisieren. Viele Standards, innovative Praktiken und Politikansätze aus europäischer

Zusammenarbeit werden im Verhältnis zu nationalen Politiken marginalisiert. Die nationalen Jugend- und Youth Work-Politiken der EU-Mitgliedsstaaten bedürfen einer Modernisierung nach europäischen Standards. Junge Menschen authentisch dabei zu unterstützen, Europa kennen zu lernen und Europäer*in zu sein bedeutet auch, sich darauf zu konzentrieren, an den Werten zu arbeiten, die Europa für sich beansprucht – darunter Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Frieden. Des Weiteren ist zu den Defiziten und Lücken, für die Europa verantwortlich ist, Stellung zu beziehen. Dafür ist eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Politik und den eigenen Positionen gegenüber Europa und globalen Prozessen notwendig. Daher muss sich Youth Work für einen europäischen Ansatz bei der Entwicklung und Umsetzung von Youth Work-Politik einsetzen, sowohl bei den EU-Institutionen als auch bei nationalen Regierungen. Das ist etwas, was nicht gut zum Selbstverständnis der europäischen Youth Work-Praxis passt. Hier schließt sich der Kreis zur Notwendigkeit einer offenen und transparenten Debatte.

Conclusio

Der europäische Jugendsektor hat bereits begonnen, einige dieser Ansatzpunkte einzufordern oder umzusetzen. Die Herausforderung besteht nun darin, sie expliziter, sichtbarer und zugänglicher für die Praxis zu gestalten und diese tragfähig in die Mainstream-Agenda einzubringen.

„Der klügste Weg, die Menschen passiv und gehorsam zu halten, ist, das Spektrum akzeptabler Meinungen strikt zu begrenzen, aber innerhalb dieses Spektrums sehr lebhaft Debatten zuzulassen.“ (Chomsky et al. 1998, S. 43).

Wenn Youth Work in Europa ihre eigene Politik nicht überdenkt und auf die Entwicklung eines breiten, offenen und ständig neu bewerteten Konsenses darüber hinarbeitet, wird sie auf nichts weiter als eine lebhaft Debatte innerhalb eines politisch vorgegebenen Spektrums akzeptabler Meinungen verwiesen sein.

Angesichts dieses Risikos erscheinen der Autorin die drei oben vorgestellten Rahmenprinzipien von Hendrik Otten – die Verpflichtung zur Intoleranz, die Ent-Demokratisierung der Demokratie und das Überschreiten der Person – in der gegenwärtigen Sackgasse absolut dringlich.

Klar ist, dass für die Verwirklichung all dieser Ziele immenser Ehrgeiz und fundiertes Wissen erforderlich sind. Jemand muss sich für das Politische von Youth Work in Europa einsetzen.

Quellen

Council conclusions on the contribution of quality youth work to the development, well-being and social inclusion of young people, OJ C 168, 14.6.2013, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52013XG0614%2802%29> [03.11.2024].

Recommendation CM/Rec of the Committee of Ministers to member states on youth work (adopted by the Committee of Ministers on 31 May 2017 at the 1287th meeting of the Ministers' Deputies), <https://rm.coe.int/1680717e78> [03.11.2024].

Regulation (EU) No 1288/2013 of the European Parliament and of the Council of 11 December 2013 establishing 'Erasmus+': the Union programme for education, training, youth and sport and repealing Decisions No 1719/2006/EC, No 1720/2006/EC and No 1298/2008/EC Text with EEA relevance. Online: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/en/TXT/?uri=CELEX%3A32013R1288> [03.11.2024].

The Treaty of Lisbon: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1571220568576&uri=CELEX:12007L/TXT> [03.11.2024].

Frameworks alphabetisch von A bis Z

Quality standards in education and training activities of the Youth Department of the Council of Europe (revised in 2016): <https://rm.coe.int/ddcp-yd-etd-2016-202-quality-standardsyd-et-activities/16807c8bb9> [03.11.2024].

Salto European Training Strategy Competence Model for Trainers published by SALTO Training and Cooperation Resource Centre, <https://www.salto-youth.net/rc/training-and-cooperation/trainercompetencedevelopment/> [03.11.2024].

Council of Europe (o.J.): Reference Framework of Competences for Democratic Culture (RFCDC), <https://www.coe.int/en/web/reference-framework-of-competences-for-democratic-culture> [03.11.2024].

International Standards Organisation, ISO 29990:2010: Learning services for non-formal education and training – Basic requirements for service providers: <https://www.iso.org/obp/ui/#iso:std:iso:29990:ed-1:v1:en> [03.11.2024].

SALTO Kompetenzmodell https://www.salto-youth.net/downloads/4-17-3753/180320_SALTO-CompetenceModel_Trainer_07_o.pdf [03.11.2024].

SALTO Training and Cooperation Resource Centre, European Training Strategy: <https://www.salto-youth.net/rc/training-and-cooperation/trainingstrategy/> [03.11.2024].

Manuals und pädagogische Leitfäden

Bookmarks: A manual for combating hate speech online through human rights education. Available online: <https://book.coe.int/en/human-rights-and-democracy/5888-bookmarks-a-manual-for-combating-hate-speech-online-through-human-rights-education.html> [03.11.2024].

Compass: Manual for Human Rights Education With Young People: <https://www.coe.int/en/web/compass> [03.11.2024].

Education Pack ‘all different – all equal’: <https://book.coe.int/en/human-rights-democratic-citizenship-and-interculturalism/7234-education-pack-all-different-all-equal-ideas-resources-methods-and-activities-for-non-formal-intercultural-education-with-young-people-and-adults-3rd-edition.html> [03.11.2024].

European youth exchanges and European volunteering project on themes like participation and inclusion: <https://www.salto-youth.net/rc/inclusion/inclusionpublications/> [03.11.2024].

European Youth Forum (2018): Handbook for Political Parties. Online: <https://tools.youthforum.org/policy-library/wp-content/uploads/2021/04/Toolkit-Youth-and-Political-Parties-w-Key-Recommendations.pdf> [03.11.2024].

Gender Matters: Manual on gender-based violence affecting young people: <https://www.coe.int/en/web/gender-matters> [03.11.2024].

Produkte der SALTO-YOUTH Resource Centres: <https://www.salto-youth.net/rc/> [03.11.2024].

Literatur

Berg, Lora (2018): ‘When Words Are No Longer Common Ground’, German Marshall Fund Blog Post. <https://www.gmfus.org/news/when-words-are-no-longer-common-ground> [03.11.2024].

Buldioski, Goran (2018): ‘Fostering Young Europeans in an Aging Continent: Some Musings for the Onset of the EU’s Erasmus+’. Keynote at the TCA meeting for Erasmus+ Youth in Action NA staff, European Youth Centre Budapest, June 2018. Video online: <https://www.youtube.com/watch?v=1rRjBTzZYNs&feature=youtu.be> [03.11.2024].

- CEDEFOP (2009): Indicators for monitoring active citizenship, <https://www.cedefop.europa.eu/de/news/indicators-monitoring-active-citizenship> [03.11.2024].
- Council of Europe (2018): Perspectives on youth: Young people in a digitalised world, <https://pjp-eu.coe.int/documents/42128013/47262538/PoY-4+Full/db47aa10-2df6-3d9c-bb83-14f48b10328c> [03.11.2024].
- Coussée, Filipp (2014): Escaping or shaping reality: On youth, extremism and democracy. Coyote Magazine #20. Online: <https://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/issue-20-february-2014> [03.11.2024].
- Cremer, Hendrik (2019): Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? Deutsche Institut für Menschenrechte, https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf [03.11.2024].
- European Commission (2014): Youth, Working with young people: the value of youth work in the European Union: http://ec.europa.eu/assets/eac/youth/library/study/youth-work-report_en.pdf [03.11.2024].
- European Commission (2018): Developing digital youth work. Policy recommendations, training needs and good practice examples https://www.salto-youth.net/downloads/toolbox_tool_download-file-1744/NC0218021ENN.en.pdf [03.11.2024].
- European Commission (2018): Evaluation of the Erasmus+ Programme: https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/resources/documents/evaluations_en [03.11.2024].
- European University Institute, Genschel, P., Hemerijck, A. (2018): Solidarity in Europe, <https://data.europa.eu/doi/10.2870/70589> [03.11.2024].
- European Youth Forum (2019): New team of Commissioners - what about the 'Youth Way of Life'? <https://www.youthforum.org/news/new-team-of-commissioners-what-about-the-youth-way-of-life> [03.11.2024].
- EU-RYDICE (2017): Citizenship education in school in Europe. European Commission, European Education and Culture Executive Agency, https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/citizenship-education-school-europe-%E2%80%93-2017_en [03.11.2024].

- Farrow, Alex (2018): SALTO Think Tank on Youth Participation: Closer to the edge of participation and activism. Online: https://www.salto-youth.net/downloads/4-17-3830/Raport_210x210mm_sm.pdf [03.11.2024].
- Forbrig, Joerg (Hg.) (2005): Revisiting youth political participation – Challenges for research and democratic practice in europe, Council of Europe Publishing. Online: <https://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/revisiting-youth-political-participation#> [03.11.2024].
- Freie, Paulo (1968/2000): Pedagogy of the oppressed. Bloomsbury Academic.
- Giroux, Henry (2009): Youth in a Suspect Society: Democracy or Disposability? Palgrave McMillan.
- Guildford, Gwynn (2016): Harvard research suggests that an entire global generation has lost faith in democracy. Quartz, <https://qz.com/848031/harvard-research-suggests-that-an-entire-global-generation-has-lost-faith-in-democracy/> [03.11.2024].
- Kabbaj, Wanis (2018): How nationalism and globalism can coexist. TED Talk, https://www.ted.com/talks/wanis_kabbaj_how_nationalism_and_globalism_can_coexist?language=en [03.11.2024].
- Kovacic, Marko (2018): A critical approach to youth work categorisations. In: Schild et al.: a.a.O., S. 241-248.
- Kundnani, Arun (2014): The Muslims are Coming!: Islamophobia, Extremism, and the Domestic War on Terror. Versobooks.
- McLoughlin, Shane (2018): Symposium “Connecting the dots: Young people, social inclusion and digitalisation”. Celebration of the 20th anniversary of the European Union–Council of Europe Youth Partnership, Tallinn, 26-28 June 2018, Reflection paper <https://pjp-eu.coe.int/documents/42128013/47262517/Reflection+paper+final.pdf/41dde555-5701-7822-25d4-ae27b5561d92> [03.11.2024].
- Mischke, Judith (2018): Open Society takes Hungary to court over ‘Stop Soros’ law. POLITICO. <https://www.politico.eu/article/open-society-takes-hungary-to-court-over-stop-george-soros-law-asylum-seekers-ecj/> [03.11.2024].
- Mourtisen, Per und Astrid Jaeger (2018): Designing Civic Education for Diverse Societies: Models, Tradeoffs, and Outcomes, <https://www.migrationpolicy.org/research/designing-civic-education-diverse-societies-models-tradeoffs-and-outcomes> [03.11.2024].
- Ohana, Yael (2018): Shadow Report on the Mid-Term Evaluation of the Erasmus+ Youth Chapter.
- Ohana, Yael (Hg.in) (2017): Mapping New Forms of Citizen Engagement in Europe, MitOst Editions. Online: <https://www.mitost.org/editions/clnewengagement/1/clnewengagement.pdf> [03.11.2024].

- Ohana, Yael und Hendrik Otten (Hg.innen) (2012): Where do you Stand? Intercultural Learning and Political Education in Contemporary Europe, VS.
- Otten, Hendrik (1985): Zur politischen Didaktik interkulturellen Lernens. Ein Planungskonzept für internationale Jugendarbeit. Leske + Budrich.
- Otten, Hendrik (2005): Interkulturelles Lernen als politische Bildung in der europäischen Zivilgesellschaft. In: Günter J. Friesenhahn und Andreas Thimmel (Hg.): Schlüsseltexte: Engagement und Kompetenz in der internationalen Jugendarbeit, Wochenschau Verlag.
- Otten, Hendrik (2012): On the Political Didactics of Intercultural Learning – A Planning Concept for International Youth Work. In: Ohana und Otten (Hg.innen), a.a.O.
- Philipp, Dom (2018): Snitch on a teacher: Bolsonaro win sparks push against 'indoctrination'. THE GUARDIAN, <https://www.theguardian.com/world/2018/oct/30/bolsonaro-win-students-urged-report-teachers-who-complain-whatsapp> [03.11.2024].
- Rodriguez, Encarnacion Gutierrez, Manuela Boatcă, Sérgio Costa (2010): Decolonizing European Sociology. Transdisciplinary Approaches. Routledge.
- Roholt, Ross VeLure, Michael Baizerman, and R.W. Hildreth (Hg.) (2013): Civic Youth Work: Cocreating Democratic Youth Spaces.
- Schild, Hanjo, Nuala Connolly, Francine Labadie, Jan Vanhee, Howard Williamson (Hg.innen) (2018): Thinking seriously about youth work, And how to prepare people to do it, Youth knowledge 20. <https://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/thinking-seriously-about-youth-work> [03.11.2024]
- Siurala, Lasse (2018): What are the meanings and underlying concepts and theories of youth work? In: Schild et al.: a.a.O., S.227-233.
- Stognienko, Michael (2016): „Wir müssen unsere Formate komplett neu erfinden“, <https://www.boell.de/de/2016/04/19/die-rolle-der-politischen-bildung-bei-der-auseinandersetzung-mit-den-ideologien-der> [03.11.2024].
- Swartz, Sharlene und A. Cooper (2014): Navigational Capacities for Youth Success in Adversity: A Sociology of Southern Youth. Paper presented at the XVIII World Congress of Sociology, Yokohama, Japan. Online: https://www.researchgate.net/publication/268107906_Navigational_Capacities_For_Youth_Success_In_Adversity_A_Sociology_Of_Southern_Youth [03.11.2024].
- Thomas, Alexander, Chang, Celine; Abt, Heike (2007): Erlebnisse, die verändern. Langzeitwirkungen der Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen. Vandenhoeck & Ruprecht.

- Titely, Gavan (2009): Plastic, Political and Contingent: Culture and Intercultural Learning in Directorate of Youth and Sport Activities. In: Ramberg, Ingrid (Hg.in): Intercultural Learning in European Youth Work - Which Ways Forward, Strasbourg, Council of Europe.
<https://www.coe.int/en/web/youth/-/intercultural-learning-in-european-youth-work-which-ways-forward-> [03.11.2024].
- Titely, Gavan (2012): After the 'Failed Experiment': Intercultural Learning in a Multicultural Crisis. In: Ohana und Otten (Hg.innen), a.a.O.
- Vanhee, Jan und Howard Williamson (Hg.) (2017): Thinking seriously about youth work. And how to prepare people to do it, Youth knowledge 20. <https://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/thinking-seriously-about-youth-work> [03.11.2024].
- Verba, Sidney and Norman Nie (1972): Participation in America: Political Democracy and Social Equality, Oxford University Press.
- Warnecke, Tilmann (2018): AfD-Meldeplattform: Was dürfen Lehrer sagen? DER TAGESSPIEGEL.
<https://www.tagesspiegel.de/politik/schule-afd-meldeplattform-was-duerfen-lehrer-sagen/23182842.html> [03.11.2024].
- Williamson, Howard (2015): Finding Common Ground. Mapping and scanning the horizons for European youth work in the 21st century. Towards the 2nd European Youth Work Convention, https://pjp-eu.coe.int/documents/42128013/47262187/FINDING+COMMON+GROUND_Final+with+poster.pdf/91d8f10d-7568-46f3-a36e-96bf716419be [03.11.2024].
- Williamson, Howard (2018): Winning spaces, building bridges – What youth work is all about. In: Schild et al.: a.a.O., S. 15-26.
- Zalan, Eszter (2019): Defending the 'European way of life' name splits MEPs. Euobserver, <https://euobserver.com/political/145976> [03.11.2024].

Konferenzen

- 1st European Youth Work Convention 2010, Declaration: https://www.salto-youth.net/downloads/4-17-2803/2010_Declaration_European_youth_work_convention_en.pdf [03.11.2024].
- 2nd European Youth Work Convention 2015: https://pjp-eu.coe.int/documents/42128013/47262187/The+2nd+European+Youth+Work+Declaration_FINAL.pdf/cc602b1d-6efc-46d9-80ec-5ca57c35eb85 [03.11.2024].
- Consultative Meeting in Intercultural Learning, organised at the European Youth Centre Budapest by the Council of Europe, Youth Department, 4–6 December 2019.

Speak UP! Step UP! European youth work empowering young people's democratic values & active citizenship. A European conference on the political dimension of international youth work in Erasmus+ (16–18 October 2017, Berlin). Conference documentation: <http://www.jugendfuereuropa.de/downloads/4-20-4095/> [03.11.2024].

Young people's citizenship and Europe: which ways forward? Seminar on the role of youth work in citizenship education with a focus on its European dimension, European Youth Centre, Strasbourg, May 3–4 May 2018. Presentation and report: <https://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/seminar-yw-in-citizenship-education> [03.11.2024].

Sonstige Ressourcen von A bis Z

Coyote Magazine: <https://pjp-eu.coe.int/en/web/coyote-magazine> [03.11.2024].

The History of Youth Work in Europe series: <https://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/knowledge-books> [03.11.2024].

JUGEND für Europa: <https://www.jugendfuereuropa.de/ueber-jfe/projekte/RegainingEurope/> [03.11.2024].

Closing space for civil society background and resources: <https://www.opendemocracy.net/en/tagged/closing-space-for-civil-society/> [03.11.2024].

Research-based Analysis of Youth in Action (RAY): <http://www.researchyouth.eu/> [03.11.2024].

Council of Europe Youth Work Portfolio: <https://www.coe.int/en/web/youth-portfolio> [03.11.2024].

Youth for Human Rights project, Mappings of Human Rights Education in Europe: <https://noored.ee/human-rights-education/mapping/> [03.11.2024].

Diskussion

Die Auseinandersetzung mit Ohanas Paper geschah im Rahmen eines zweiwöchentlichen digitalen Lesekreises der ogsa Arbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit im Wintersemester 2020/21. Die umfangreichen Diskussionen, Widersprüche und vor allem Ergänzungen bzw. Aktualisierungen dokumentieren wir in diesem zweiten Teil. Er ist für uns das Herzstück dieses Papers und auch die Grundlage für zukünftige Aktivitäten der AG. In alphabetischer Reihenfolge finden sich Positionen zu den Themen: Digitalisierung, Engagement, Europa, Finanzierung, Identitäten, Jugendparlamente und Partizipation, Methodologischer Nationalismus, Österreichische Jugendstrategie, Wahlen, Youth Work.

Digitalisierung⁵¹

Politisches Handeln hat sich in der digitalisierten Gesellschaft verändert. Wir können soziale Bewegungen mit nur einem Mausklick unterstützen, Hashtags ermöglichen uns, Teil von transnationalem Engagement zu sein, Streams lassen uns live bei Demonstrationen mitmachen. Die Zugangshürden sind niedrig, die Reichweite immens. „Gerade im Schutz der Anonymität lassen sich politische Identitäten und Aktivitäten digital erproben, Resonanz unterstützt Meinungsbildung und Zugehörigkeit zugleich.“ (Grigori 2022)

Als Profession gilt Soziale Arbeit im Verständnis von Digitalisierung und der fruchtbaren Nutzung neuer Technologien für soziales Handeln als so genannte Spätzünderin. Die weltweiten Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie wirkten jedoch als Beschleuniger*in der Digitalisierung. Mehr aus Not statt als Konzept wurden digitale Sozialräume erkundet und erprobt. Eine umfassende und systematische Hintergrundfolie aus der Profession existiert dazu bislang lediglich in Ansätzen.

Und doch können wir uns dem überwundenen Dualismus online/offline nicht entziehen: „Das Digitale ist sowohl unsichtbar wie auch omnipräsent, es existieren kaum professionelle und private Lebensbereiche, in denen computerähnliche Technologien keine Rolle spielen.“ (ebd.). Jugendarbeit hat dies bereits früh gemerkt und begonnen, den damit einhergehenden Wandel in Kommunikation und Interaktion zu begleiten. Jugendliche können im Jugendzentrum chillen und verfolgen parallel

⁵¹ Wir verwenden den Sammelbegriff der Digitalisierung, andere Autor*innen schreiben auch von Digitalität, Virealität, Medialisierung und Mediatisierung. Die Begriffe sind nicht synonym zu verstehen, jedoch bewegen sie sich in einem Naheverhältnis.

live, wie ihre Freund*innen shoppen gehen. Die erste große Liebe ist eine Insta-Bekanntschaft viele hundert Kilometer entfernt, deren Profilbild so bearbeitet ist, dass es weitgehend von der körperlichen Realität abgekoppelt scheint. Und virtuelle Mobbingexzesse führen zu Einschränkungen der Lebensqualität, die durch das Abschalten des Mobiltelefons nicht behoben werden können. Individualität und Sozialität konstituieren sich neu. Digitalisierung ermächtigt und entmacht zugleich.

Sozialräumliche Orientierungen in der Jugendarbeit können hiervoor nicht nur im täglichen Handeln, sondern auch konzeptionell die Augen nicht verschließen. Zugleich verhindert die regionale Förderlogik vieles. Und auch hier kann das Verständnis von YOUTH WORK erleichternd wirken, um sozialräumliches Arbeiten zu entgrenzen. Uns ist bewusst, dass sich vollkommen neue Herausforderungen zeigen, wir sind jedoch auch zuversichtlich, dass Entwicklung und Fortschritt notwendig sind und Jugendarbeit nicht zu sehr an liebgewonnenen Gewohnheiten und Gewöhnlichkeiten festhalten muss oder soll?

Engagement

Wir erleben eine jugendarbeiterische Basis, deren Herzen für ihren Beruf und die Anliegen von Jugendlichen brennen, deren Handlungsspielraum jedoch durch unterschiedliche Stakeholder*innen massiv eingeschränkt wird. Und so kommt es, dass die Stimmen von Jugendarbeiter*innen im Park, bei der Supervision oder im Mitarbeiter*innengespräch verhallen, wenn es darum geht, auf politische Missstände in Bezug auf Jugendliche hinzuweisen.

Wir haben uns die Frage gestellt, welchen Raum und Stellenwert Aktivismus und politisches Engagement in der Jugendarbeit in Österreich haben. In der Praxis lässt sich beobachten, dass eine gewisse Angst vor Instrumentalisierung besteht, wenn es darum geht, sich politisch zu äußern. Politik wird häufig nur als Parteipolitik gedacht und somit birgt politisches Engagement subjektiv gesehen immer die Sorge, einer Partei zugeschrieben zu werden. Jugendarbeit ist (jenseits der entsprechenden Parteivorfeldorganisationen) jedoch parteipolitisch unabhängig. Politik jenseits der Parteien ist möglich und es fehlt vielfach lediglich Wissen über Potentiale und Möglichkeiten.

In einer lebendigen Demokratie ist es essenziell, dass sich die Zivilgesellschaft zu politischen Themen äußert, einbringt und mitredet. Als Jugendarbeiter*innen treten wir parteilich für die Anliegen Jugendlicher ein. Dies bedeutet auch, sich zu tagespolitischen Geschehen, das Jugendliche betrifft, zu äußern. Nur so können wir als Ankerpersonen junger Menschen glaubwürdig mit ihnen und für sie politisch agieren und Role-Models sein. Das gemeinsame oder anwaltschaftliche Eintreten für die Anliegen junger Menschen ist – in unserem Verständnis von Jugendarbeit – ein Kerngeschäft und bedarf

der alltäglichen und zivilgesellschaftlichen Interventionen ebenso wie Kampagnen auf weiter reichenden Ebenen.

Diese Frage steht also im Spannungsverhältnis zu den Grundsätzen der Jugendarbeit. Auf der einen Seite steht das Prinzip Jugendliche zu ermächtigen, sich eigenständig für Themen einzusetzen, auf der anderen Seite das Prinzip anwaltschaftlich für Jugendliche einzutreten. Wie können Jugendarbeiter*innen also entscheiden, wann hinsichtlich einer Thematik Jugendliche selbst am Zug sind und wann sie sich für Jugendliche einsetzen sollen?

Aber wer, wenn nicht die Basis der Jugendarbeit äußert sich zu jugendpolitischer Tagespolitik? Anders als die Dachverbände der Offenen Jugendarbeit bezieht die Bundesjugendvertretung als Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche zwar zu tagespolitischen Geschehen Stellung, kann jedoch nicht immer das breite Feld der Jugendpolitik in allen Details abdecken.

Doch politisches Engagement für Jugendliche von Seiten der Jugendarbeiter*innen steht immer auch im Zusammenhang mit der finanziellen Absicherung. Frei nach dem Satz: Die Hand, die einen füttert, soll man nicht beißen. Durch jahrelangen finanziellen Druck von Seiten der Politik durch drohende Budgetkürzungen und gar Schließungen von Jugendeinrichtungen hat Jugendarbeit gelernt, sich anzupassen und sich nicht allzu kritisch zu politischen Geschehnissen zu äußern. Politisches Engagement braucht Mut, denn man macht sich durch politische Statements immer auch angreifbar und zeigt sich verletzlich. Der bequeme Weg ist daher, die Verantwortung für politisches Engagement auf Jugendliche abzuwälzen und den Grundsatz des Empowerments zu verfolgen. Doch welchen Sinn hat Jugendarbeit, die sich nicht für die Interessen von Kindern und Jugendlichen einsetzt? Es muss selbstverständlich für Jugendarbeiter*innen sein, sich politisch als Expert*innen für die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen zu äußern und ihren Platz am Tisch in der Politik einzufordern.

Dazu muss Jugendarbeit raus aus der Komfortzone! Um es am Beispiel der Klimakrise festzumachen: Natürlich ist es wichtig, sich mit Jugendlichen auseinander zu setzen, wie sie ihr eigenes Leben nachhaltiger gestalten können. Doch fast schon wichtiger ist es, sich für politische Maßnahmen und Veränderungen unseres gesellschaftlichen Systems, welche die Klimakrise bekämpfen, einzusetzen. Denn ein selbstgemachtes Bienenwachstuch bringt nichts mehr, wenn unser Planet verbrennt. Es braucht mutiges und visionäres Handeln auch von Jugendarbeiter*innen, um eine nachhaltige und lebenswerte Welt für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen.

Youth Work bedeutet, junge Menschen einzuladen, sich in zivile Belange, die für sie wichtig sind, einzumischen (Roholt et al. 2012, S. 2), es geht darum Demokratie zu erfahren und nicht bloß formal darüber zu lernen. Dazu bedarf es der experimentellen, informellen und dialogischen Pädagogik: Es geht darum einzuladen, über gesellschaftliche Themen zu sprechen, die sie wichtig finden, es geht darum, Jugendliche zu unterstützen, Antworten zu finden, es geht darum, JETZT zu handeln und nicht nur darüber zu sprechen: Youth Work ist praxisorientiert, kollaborativ und kooperativ. Es geht darum,

den Fokus nicht auf „was wurde getan“ oder „was ist zu tun“ zu legen, sondern auf das Handeln selbst. (Roholt et al. 2012, S. 7) Es gibt keinen „Eingangsritus, welcher in die Erwachsenenwelt einführt“ (Lang 2012, S. 26) und Jugendliche sind nicht bloß zukünftige Bürger*innen, sondern sind civic actors im Hier und Jetzt!

Sind Jugendliche alle konsumorientiert und demokratiefremd?

Nein, im Gegenteil. Studien zeigen, dass junge Menschen heutzutage so viel Selbstvertrauen in politische Selbstwirksamkeit und Veränderungschancen haben, wie keine Generation zuvor, dazu hohe Akzeptanz von Diversität bzw. Kritik an Sexismus, Rassismus, Homophobie etc. (Bui-Wrzosińska 2019) Es stimmt, dass junge Menschen sich von formalen politischen Institutionen distanziert fühlen – strukturell, sozial und psychisch. Zugleich jedoch zeigen sie sich als Vertreter*innen demokratischer Ideen und nehmen Probleme in ihrer sozialen Umgebung und der ganzen Welt sehr wohl wahr. Was manche Erwachsene als Apathie wahrnehmen, ist der blockierte Zugang zu institutionalisierten Teilhabestrukturen, manchmal auch fehlendes Handlungswissen, wie man aktiv werden kann und vor allem aber die Abwesenheit hilfreicher Erwachsener, die junge Menschen und ihre Anliegen unterstützen. (Roholt et al. 2012) Also ja, ein Vertrauensverlust in politische Systeme der parlamentarischen Demokratie ist erkennbar, jedoch nicht in demokratischen Ideen! Die Herausforderungen für junge Menschen sind gegenwärtig enorm, sie sollen richten, was die letzte Generation versäumt hat. Und genau diese letzte Generation stellt sich ihnen systematisch in den Weg. Ihre Interessen und Fähigkeiten werden übersehen, Medien vermitteln bestimmte soziale Rollen für bzw. über Jugendliche.

Brauchen Jugendliche überhaupt Jugendarbeit, um sich politisch zu engagieren?

Nein, wie wir an den Protesten gegen Abschiebungen und Bewegungen wie Fridays For Future und Black Lives Matter sehen können. Zugleich sind diese Proteste auch Ausdruck jugendlicher Anliegen und damit Aufforderung an Jugendarbeit, diese aufzugreifen. Wir verstehen es als Aufgabe von Youth Work, junge Menschen in ihrem Engagement kritisch-solidarisch zu begleiten und sich präsent zu zeigen im Kampf für ihre demokratischen Anliegen.

Müssen wir jedes politische Anliegen von Jugendlichen aufgreifen? Ja, natürlich. Zu bewerten ist allerdings, ob es sich um Anliegen handelt, die Demokratie und Solidarität fördern oder solche, die Spaltung und Ausschluss fördern. Denn auch viele rechtsextreme Bewegungen bezeichnen sich als Jugendbewegungen! Politische Anliegen, die normativen Grundlagen und Ethik der Jugend- und Sozialarbeit widersprechen, bedürfen anderen Handelns als solche, die Menschenrechte fördern. Bei den einen geht es darum, Jugendliche zu unterstützen, nicht zu Täter*innen zu werden bzw. andere zu schützen, ihre Opfer zu werden. Bei den anderen geht es um Ermächtigung und Gemeinschaft.

Jugendarbeit fördert weltanschaulichen Pluralismus im Spannungsfeld von Utopie und Wirklichkeit. (Lang 2012, S. 26)

Sind Aktivismus und Professionalität miteinander vereinbar?

Diese Frage haben wir lange diskutiert und können nur weitere Fragen entwickeln, deren Antworten zu bearbeiten Aufgabe der Community of Practice sind: Ist entlohntes Engagement überhaupt Aktivismus? Ist eine zeitgemäße, professionelle Identität nicht sowieso auch bürgerschaftlich engagiert? Bin ich als Jugendarbeiter*in nicht vor allem Bürger*in und habe damit das Recht auf Demonstrationsfreiheit – auch im Dienst? Wenn ich auf Förderung und Erlaubnis warte, wie glaubwürdig bin ich für Jugendliche in meinem Einsatz gegen Ungerechtigkeiten?

Europa

Unsere Auseinandersetzungen mit dem Text waren getragen von einer durchwegs kritischen Haltung zum Begriff „Europa“. Wenngleich Ohana in weiterer Folge für das Konzept Europa wirbt, so macht sie auch eine Reihe von Schwierigkeiten mit dem Begriff deutlich, denn Europa erzeugt Unbehagen. Und doch ist das Konzept Europa nicht die Europäische Union und alle ihre Gremien sowie ihre Praxen – nach innen wie außen. Schlagworte sind Grenzregime, Überregulierung, Bürokratisierung, Kolonialismus, Waffenexporte, aber auch die erschreckenden rassistischen, trans- und homofeindlichen, frauenfeindlichen Politiken einzelner Mitgliedsstaaten und viele mehr. Das Projekt Europa entstand als idealistische Idee, das bei seiner Gründung die gemeinsame Entwicklung einer Kultur des Friedens und des Zusammenhalts über Nationalstaaten hinweg als Zielsetzung formulierte. Diese Idee wurde in der Realität aber in ihr Gegenteil verkehrt und hat entlang und außerhalb ihrer Grenzen viel Leid produziert und scheitert laufend daran, Menschenrechte für alle zugänglich zu machen. Der Begriff Europa wurde außerdem von Teilen der extremen Rechten gekapert, die das Konzept völkisch aufladen und bereits reale Praxen der EU entlang ihrer Grenzen weiter radikalisierten wollen.⁵²

Demgegenüber können und wollen wir nicht in blindem Idealismus die europäische Philosophie anpreisen, die mit den genannten Problematiken an sich nicht vereinbar wäre. Sich ihr zu verweigern, heißt jedoch auch, sich in ein nationales Rückzugsgefecht zu begeben, das wir ebenso wenig bedienen wollen. Zugleich sind wir uns unsicher, ob es in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation überhaupt gelingen kann, sich Begriffe und Ideen „zurückzuerobern“, die von reaktionären Kräften bereits gekapert wurden.

⁵² Zur Geschichte extrem rechter Europaideologien vgl. Salzborn 2020, S. 32ff.

Können wir Pluralismus und Menschenrechte als Rahmen für politisches Handeln und als geteilte europäische Werte im Bereich der Jugendarbeit annehmen? Grundsätzlich ja, doch wir müssen uns auch erinnern, dass das postnazistische Konzept „Menschenrechte“ immer schon fehlerhaft war und viele Lebensrealitäten und Menschen nicht inkludiert hat. Es ist insofern auch ein eurozentrisches Konzept – womit es aber auch als europäischer Wert dienen kann.

Die Ablehnung der Bezugsgröße „Europa“ provoziert zudem die Frage: Worauf beziehen wir uns also dann? Jugendarbeit wird als lebensweltorientierter Rahmen gesehen, in dem unter anderem Identitätsbildungsprozesse stattfinden können – wenn es um Räume geht, worauf beziehen wir uns? Ist Wien geeigneter als Österreich und ist Österreich geeigneter als Europa?

Wir stellen fest, dass Europa ein streitbares Modell ist und sich genau darum besonders gut für eine normative Grundlage politischer Jugendarbeit bzw. auch als ihr Gegenstand eignet: Europa ist facettenreich, vielseitig, ambivalent und wird – je nach Lebensrealität – sehr unterschiedlich erlebt. Zugleich hilft es, über nationalstaatliche Grenzen hinweg zu denken.

Es geht nicht darum, junge Menschen und Jugendarbeiter*innen zu getreuen Gefolgsleuten der Europäischen Union zu machen. Vielmehr will Youth Work den kritisch emanzipatorischen Kern der Jugendarbeit wiederbeleben – und dieser ist transnational. Denn mehr noch als ein Dachbegriff für unterschiedliche Formen der Jugend(sozial)arbeit hat Youth Work einen klar normativen Rahmen, der dazu auffordert, tradierte Politikverständnisse und regionale Folklore über Bord zu werfen und sich auf die Ideen und Bedürfnisse junger Menschen in Bezug auf eine gestaltbare Zukunft zu konzentrieren, sich in schwindenden zivilgesellschaftlichen Räumen auch als Berufsstand einen Platz zurückzuerobern, sich einzulassen auf Digitalisierung und radikales Eintreten für Rechte und Forderungen junger Menschen.

Finanzierung

In ganz Europa und auch in Österreich lässt sich beobachten, dass Jugendarbeit nicht die lauteste Stimme hat, wenn es darum geht, Kinder- und Menschenrechte zu verteidigen oder sich politisch zu jugendspezifischen und jugendrelevanten Themen zu äußern. Grund dafür ist oftmals die Angst vor drohenden Budgetkürzungen oder politischer Instrumentalisierung.

Kommt diese Angst von ungefähr? Nein. Sowohl im städtischen Raum als auch im Ländlichen wird diese Angst regelmäßig durch Fördergeber*innen befeuert und die Jugendarbeit somit an der kurzen Leine gehalten, indem Förderperioden gekürzt werden, permanent mit Entzug der Gelder gedroht oder die Sinnhaftigkeit von Jugendarbeit per se in Frage gestellt wird. Oftmals geraten Trägervereine in eine Art Bittsteller*in-Position, wenn es darum geht, überhaupt einmal ausreichend Finanzierung zu bekommen. Geld ist nicht neutral.

Auch ein Blick auf die österreichische Gesetzeslage zeigt, dass Offene Kinder- und Jugendarbeit als so genannte Kann-Leistung gilt, da ihre gesetzliche Festschreibung in Bund- und Landesgesetzen fehlt. Mutiges, visionäres und professionelles Handeln werden so allzu oft zu verhindern versucht – es ist aber nicht unmöglich. Was passiert, wenn man trotzdem aktiv wird? Selbstbewusstsein und Solidarität können hier zukunftsweisend sein.

Wir denken, das Thema sollte zudem von einer anderen Seite betrachtet werden: Vielleicht macht die zuverlässige Förderung auch bequem im Denken, und die Angst vor Kürzungen ist mitunter eine Schutzbehauptung. Jugendarbeit muss demnach nicht kämpferisch sein, so lange Gehälter und Mieten finanziert sind. Doch permanentes „Ducken“ kann auch zur Delegitimierung führen.

Das Eintreten für solide Förderbedingungen sowie die Angst vor Streichung stehen teilweise an erster Stelle des fachlichen Lobbyings, die Interessen der Jugendlichen dadurch an letzter. Wie wäre es, wenn Jugendarbeit andersherum offen und laut deren Anliegen vertritt, auch wenn dies Fördergeber*innen nicht fortwährend zufrieden stellt?

Wir halten es für unpassend, sich immer wieder auf diese so genannte kurze Leine herauszureden. Sie mag ein Faktor sein, aber kein hinreichender. Real existierende Benachteiligungen innerhalb der Zielgruppe und innerhalb der Gesellschaft sind ebenso Auftraggeber*in von Youth Work, wie eine Verpflichtung gegenüber Demokratieförderung und Menschenrechten, die konkret und erlebbar gemacht werden müssen.

Für eine abgesicherte Finanzierung von Jugendarbeit ist auch ihr Stellenwert in der Gesellschaft wichtig. Wird Jugendarbeit als essenziell in der Gesellschaft, in der wir leben, gesehen? Wie bekannt ist Jugendarbeit und würde es einen Aufschrei der Zivilgesellschaft geben, wenn finanzielle Mittel der Jugendarbeit gekürzt werden? Hier sprechen wir auch das Phänomen der so genannten unsichtbaren Jugendarbeit an. Allzu oft wirkt sie im Bescheidenen, was fehlt ist eine Sichtbarkeit in der Gesellschaft oder auch in der Profession Soziale Arbeit, klare Kommunikation der Aufgaben und Erfolge von Jugendarbeit sowie einer zuverlässigen Vernetzung mit öffentlichen und fachlichen Medien. Oftmals hängt die lokale Sichtbarkeit der Jugendarbeit von einzelnen engagierten Akteur*innen ab. Vielen Praktiker*innen fällt es schwer, prägnant zu formulieren, was Jugendarbeit eigentlich ist und wie sie wirkt. Diese Intransparenz der Jugendarbeit hat freilich auch Vorteile: Sie kann in gewisser Weise ein Schutz vor zu starker Kontrolle oder Infragestellung der Arbeit sein. Doch ein gemeinsamer Auftritt nach außen kann Jugendarbeit auch nutzen. Denn so kann auf die Relevanz und Unverzichtbarkeit von Jugendarbeit in der Gesellschaft aufmerksam gemacht werden.

Wir würden es als erstrebenswert erachten, dass Jugendarbeit als unverzichtbarer Teil der Gesellschaft gesehen wird. Denn dann muss auch die Finanzierung stabiler werden, da Kürzungen Empörung in der Gesellschaft auslösen würden. Mitunter fehlt uns die Solidarität innerhalb der Fachcommunity. Wir

müssen voneinander wissen, wo es Schwierigkeiten, aber auch Erfolge gibt, um miteinander Jugendarbeit zu stärken.

Identitäten

In Ohanas Beitrag ist häufig die Rede von einer *europäischen Identität*, was uns zu der Frage geführt hat: Welches Verständnis einer europaweit geteilten Identität wird hier vermittelt? Und wenn wir diese annehmen, welche anderen Identitäten geben wir auf? Wenn wir diese ablehnen, worauf beziehen wir uns sonst – implizit oder explizit? Oder können hier sogar verschiedene Identitäten nebeneinander bestehen bleiben?

Als Ausgangspunkt interpretieren wir Identität als gemeinsame Zugehörigkeit, als Möglichkeit der Allianzbildung und Solidarität. Identität wird als Bezug zu einem kollektiven Bewusstsein für die eigene Verortung in der Welt und somit als Anknüpfung für einen positiven Selbstwert gesehen. Dabei geht es, ausgehend von der Idee pluraler Identitäten, nicht darum, eine fixe Identität zu entwickeln, sondern Identitäten als sich laufend veränderbare Konstruktionen zu sehen und diese dynamisch zu begleiten, diskutieren und miteinander auszuhandeln.

Das Konzept hybrider Identitäten ermöglicht, starre Grenzen und Vorstellungen aufzubrechen: Personen können sich sowohl zwei oder mehreren kulturellen Räumen gleichzeitig zugehörig und verbunden fühlen, als sich auch anhand anderer Marker wie regionaler oder (sub)kultureller Praxen identifizieren. Identitätskonzepte dürfen sich auf große und kleinere Räume beziehen, auf die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Identität ist also kein einzelner Faktor, sondern immer eine Summe an Bezügen, innerhalb derer gemeinsame Betroffenheit und Unterschiede miteinander ausgehandelt werden. Daraus kann auch ein gemeinsamer Kampf gegen Ungerechtigkeiten und für eine solidarische, plurale Gesellschaft, bei gleichzeitigem Bewusstsein von Unterschieden und Ungleichheiten, entstehen.

Auf der anderen Seite können offene Konzepte und vage Grenzen dazu beitragen, soziale Ungleichheiten aus dem Blick zu verlieren oder diese nicht mehr benenn- und somit verhandelbar zu machen. Hergestellte Gemeinsamkeiten und Zugehörigkeiten legen den Grundstein für Differenzierungen und Feinheiten innerhalb bestimmter Identitätsangebote. Beispielsweise haben feministische Kämpfe gezeigt, dass dort, wo generisch von *Menschen* gesprochen wird, in der Regel Männer gemeint sind. Aber auch das Identitätsangebot der *Feminist*in* ist in sich wiederum nicht homogen: Etwa haben antirassistische Feminist*innen aufgezeigt, dass dort, wo von *Frauen* gesprochen/geschrieben wird, meist weiße Mittelschichtsfrauen gemeint sind.

Jugendarbeit, die sich der Identitätsdebatte verweigert, trägt folglich implizit dazu bei, Normen und Kategorien zu übernehmen, ohne zu prüfen, ob diese legitim, angemessen oder sinnvoll sind. *Identität*

haben dann immer *die anderen*, die Benachteiligten, die Diskriminierten, weil deren Rede von Identität(en) gegen die schweigende Mehrheit aufbegehrt. Und das ist, was Jugendarbeit nicht sein will: Eine moralische, statische Norm, welche die Realitäten junger Menschen exotisiert und bagatellisiert. Gleichzeitig benötigt es auch einen verantwortungsbewussten Umgang mit Identitätsdiskursen, um nicht zu paternalistischen (Für-)Sprecher*innen von Identitätsdebatten zu werden, die nicht die eigenen sind.

Sowohl die Menschenrechte als auch die Demokratie sind Konzepte, die über Ein- und Ausschließungen aufgrund von spezifischen Zugehörigkeiten funktionieren. So ist sowohl die Geschichte der Menschenrechte mit der Ent-Menschlichung von Menschen direkt verbunden (Castro Varela, Dhawan 2020), wie auch in einer Demokratie laufend über die Frage verhandelt wird, wer Teil des Demos (Volks) ist und sein darf, und wer sich daher aufgrund einer – zumeist nicht selbst bestimmten, sondern zugeschriebenen – Zugehörigkeit damit auf Rechte der Anerkennung und der Mitbestimmung berufen kann. Demokratische Prozesse müssen möglichst alle sie betreffenden Personen einbinden, ebenso wie ihre unterschiedlichen Forderungen und Themen gehört werden. Gleichbedeutend ist aber auch das Wissen um gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsdiskurse, die wiederum Ungleichheiten und Ausschlüsse erzeugen. Jugendarbeit muss also hier nicht Fürsprecherin, sondern vielmehr Unterstützerin und Verbündete sein: Es geht darum, Jugendliche für ihre Themen und Forderungen sprechen zu lassen, anstatt sich ihre Themen anzueignen.

Die Aushandlung von Identitäten, das Zulassen des komplexen Wechselspiels von Dynamik und Statik, die Diskussion eines – wenn auch nur minimalen – gemeinsamen Bezugsrahmens sind wichtige politische Lernerfahrungen, sowohl für Professionist*innen als auch für Jugendliche. Youth Work kann unterstützen, sowohl regionale Besonderheiten aufgreifen und zugleich Jugendarbeit aus dem lokalen Rahmen befreien und neu denken – nicht als etwas Gewachsenes, sondern als etwas Gestaltetes.

Jugendparlamente und Partizipation

Um junge Menschen zu beteiligen, stehen vielerlei Formate auf unterschiedlichen Ebenen zur Verfügung. Als Beispiel ist der Jugenddialog (Bundesjugendvertretung o. J.) (vormals: Strukturierter Dialog) zu nennen, der Jugendpartizipation auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene ermöglichen soll. Zentrales Ergebnis aus einer Beteiligungsrunde des Jugenddialogs sind die sogenannten elf Youth Goals, die des weiteren Teil der Europäischen Jugendstrategie sind. Was allerdings fehlt, sind entsprechende Umsetzungsschritte.

Die Frage stellt sich, inwieweit diese Beteiligung auch die Mitsprache an konkreten Entscheidungen in sich birgt. Wer sind nun tatsächlich Entscheidungsträger*innen? Jugendliche sind es auf jeden Fall nicht. Sie dürfen im Kleinen zwar teilweise mitwirken, wenn es sich aber um strategische Ausrichtungen

und Entscheidungen auf weitreichender (großer) Ebene handelt und dafür auch noch Ressourcen benötigt werden, werden sie auf ihren kleinen abgegrenzten Bereich rückverwiesen. Auch in der Jugendpolitik in Österreich zeigt sich, dass Interessenvertretungen und Kinderrechtsorganisationen häufig auf das Jugendstaatssekretariat⁵³ rückverwiesen werden. Dieser Umgang verweist auf mehr Beschränkungen als Möglichkeiten und mündet in die grundlegende Frage, ob Jugendparlamente nicht genau deshalb ermöglicht wurden, um Jugendliche und in weiterer Folge ihre Vertreter*innen mundtot zu machen. Das bedeutet weiter, dass die Ausgestaltung von Partizipationsmöglichkeiten wie auch die Formate, die letztlich im Sinne eines Top-Down-Prozesses installiert werden, keine Beteiligung ermöglichen und damit mehr einschränken. Anstelle von ermächtigten Jugendlichen ist an dieser Stelle wohl mehr von Entmündigten zu sprechen. D. h., den Jugendlichen wird lediglich ermöglicht, sich den geschaffenen Beteiligungsstrukturen anzupassen und darin mitzuwirken, die Umsetzung wird dann allerdings wieder dem Top-Down-Verständnis zugeführt. Mit dem fehlenden Mitbestimmungsrecht hinsichtlich weitreichender Entscheidungen, werden Beteiligungsinstrumente, wie beispielsweise ein Jugenddialog, weniger ansprechend für junge Menschen. Wenn bei Jugendlichen der Eindruck entsteht, dass keine Veränderungen initiiert werden können, ist es wohl kaum verwunderlich, dass die Teilnahme an formeller Politik als schwierig und frustrierend erlebt wird. Wenn junge Menschen also die Verantwortung zur Partizipation wahrnehmen, dürfen die Ergebnisse bzw. die Umsetzung für sie nicht sinnentleert sein. Demnach erscheint sozusagen als logischer Schluss, dass auch Jugendarbeiter*innen das Wirken auf der Ebene der Interaktion mit Jugendlichen zielführender und wirksamer wahrnehmen, als sich politisch zu engagieren. So ist es beispielsweise leichter, junge Menschen zu motivieren, ein nachhaltiges Leben zu leben, als sich auf politischer Ebene für ein nachhaltiges Handeln der Politik einzusetzen.

Wenn nun also Formate zur Beteiligung nicht veränderbar sind, stellt sich die Frage, wie sich Jugendarbeiter*innen in diesem vorgegebenen Rahmen engagieren können und sollen. Das Format Wahlen bietet sich hierbei durchaus zur näheren Betrachtung an.

Methodologischer Nationalismus

Der Begriff *methodologischer Nationalismus* entstammt den Transnational Studies in den Sozialwissenschaften und wurde von Stefan Köngeter (2009) auf die Soziale Arbeit übertragen. Zunächst einmal ist damit gemeint, dass wir implizit annehmen, dass Nationalstaaten eine quasi-natürliche Ordnungskategorie der Menschheit und des sozialen Lebens sind und dass unsere Deutung

⁵³ Mit In-Kraft-Treten der Bundesministeriengesetz-Novelle 2021 am 1. Februar 2021 wurde der Aufgabenbereich "Familie und Jugend" aus dem Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend ausgegliedert und (wie vor dem Jahr 2020) dem Bundeskanzleramt zugewiesen. Online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/eli/bgb/l/2021/30/20210131> [03.11.2024].

sozialer Wirklichkeit davon geprägt ist. In der Forschung zeigt sich dies etwa darin, dass viele empirische Untersuchungen selbstverständlich nationalstaatliche Grenzen setzen, „ohne weiter zu hinterfragen, ob diese Begrenzung vom Untersuchungsgegenstand aus betrachtet als gerechtfertigt gelten kann.“ (Köngeter 2009, S. 345) Denn klar sollte spätestens seit 2021 sein, dass soziale Beziehungen nicht allein im nationalstaatlichen Rahmen, sondern auch als transnationale Prozesse betrachtet werden müssen – auf den Ebenen Individuum, Gemeinschaft, Organisation. In der Post-Migrationsgesellschaft sollte dies handlungsleitend sein, denn Menschen, „die in mehreren Nationalstaaten leben oder dauerhaft soziale Beziehungen über nationalstaatlichen Grenzen aufrechterhalten“ sind in der Vorstellung einer nationalstaatlichen Begrenzung des Denkens implizit oder explizit „Personen, die diese Ordnung stören: Sie fügen sich nicht in die Gleichsetzung von solidarischer Gemeinschaft und Nationalstaat, von Territorium und Citizenship (Bürgerschaft), von ethnischer Homogenität und Selbstbestimmung.“ (ebd., S. 343)

Die Professionsentwicklung Soziale Arbeit hatte in ihren Ursprüngen internationale Anstöße, jedoch hat „die nationalstaatlich forcierte Institutionalisierung der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit von Beginn an die Differenz national/international etabliert“ (ebd., S. 346), sozialpolitische nationale Institutionen und Grenzen werden stillschweigend vorausgesetzt, wenn wir etwa von Jugendarbeit sprechen. Oft scheint es dann, dass unsere Jugendarbeit universell sei, der Blick auf das regionale oder nationale geworden sein, wird mitunter als vermeintliche Alternativlosigkeit empfunden.

In Österreich gilt staatlicher Einfluss auf die Profession Soziale Arbeit als besonders groß und reicht oft bis in kleine Details der Angebotsgestaltung hinein – selbst, wenn die Träger lediglich von der öffentlichen Hand beauftragt werden (Dimmel; Schmid 2013, S. 82). Auch die Jugendarbeit spürt dies immer wieder, indem etwa Fördergeber*innen sehr gezielt Einfluss auf Themen und Aktivitäten nehmen. Das muss nicht sein und ist alles andere als fachlich selbstverständlich (oder sinnvoll)!

Wissen hat stets einen Ankerpunkt in der sozialen Wirklichkeit, niemand kann von außen auf die Wirklichkeit hinab blicken ohne Teil von ihr zu sein. Die Ausbildungsstätten und Forschungstätigkeiten der Sozialen Arbeit werden vor allem von staatlichen Stellen oder Bundesländern beauftragt und gefördert, damit sind Wissens- und Theorieproduktion eng geführt mit nationalstaatlichen Institutionen. Und auch geförderte Projekte in der Praxis produzieren die Realität von Jugendarbeit mit. Damit gibt es ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen Forschung und Politik – der aktuelle Stand der Forschung entsteht nicht im Elfenbeinturm, was jedoch auch ein Vorteil sein könnte, weil dieser auch eine gewisse Unabhängigkeit bieten kann.

Jugendarbeit, könnte man nun sagen, wird also bestimmt durch staatliche Finanzierung (Bund, Länder, Gemeinden) und Auftragsvergabe, von professionellem Handeln und Selbstverständnis im Feld, aber eben auch einer Theorie von Jugendarbeit, die sich transnational verortet – so wie die in dieser Broschüre dargestellten Überlegungen. Wir beobachten, dass fachliches Denken oftmals entlang von

Förderlogiken und Regionen läuft und so einer gewissen Bequemlichkeit und Unbeweglichkeit unterliegt.

Mit dem Begriff Youth Work möchten wir ermutigen, das Selbstverständnis von Jugendarbeit aus dem regionalen und nationalen Rahmen zu befreien und neu zu denken – nicht nur als etwas Gewachsenes, sondern als etwas Gestaltetes, das eben auch lokal für etwas Größeres entsteht. Damit sollen regionale Besonderheiten und Herausforderungen nicht ignoriert werden, es geht um eine Ergänzung und Öffnung, um die Bestärkung, dass das Leben und die Welt so viel größer sind, als manche*r Lokalpolitiker*in uns weismachen mag.

Österreichische Jugendstrategie

Auch in Österreich gibt es eine Jugendstrategie, deren konkrete Ziele 2020 veröffentlicht wurden. Die Österreichische Jugendstrategie ist laut Jugendministerium ein laufender Prozess zur Stärkung und Weiterentwicklung der Jugendpolitik. Der aktuellen österreichischen Jugendstrategie fehlt es jedoch an einer konkreten politischen Vision, was erreicht werden soll. Während es ein positives Zeichen ist, dass durch die Jugendstrategie Jugendpolitik als Querschnittsthema in allen Ministerien verankert wurde, sind die konkreten Ziele der Jugendstrategie uninspiriert und gleichen mehr einem Mindeststandard an Jugendpolitik, statt tatsächliche, mutige Ziele für Kinder und Jugendliche in Österreich zu formulieren und anzustreben. Auch ist der Beteiligungsprozess in der Jugendstrategie von jungen Menschen – abgesehen von der Einbindung der Bundesjugendvertretung und der bOJA (die jedoch als Netzwerk für Fachkräfte der OKJA junge Menschen nicht primär vertritt) – intransparent, nicht nachvollziehbar und nicht offen gestaltet. Inwiefern zum Beispiel Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit oder Jugendorganisationen gemeinsam mit der Zielgruppe partizipieren können, ist unklar.

Wahlen

Dem Thema Wahlen als Möglichkeit zur Partizipation müssen zwei Gedanken vorausgeschickt werden.

Erstens: Demokratie wird heute vor allem als politisches System mit all seinen Instanzen und Strukturen verstanden – die eigentliche demokratische Idee verliert sich darin und müsste wieder stärker betont werden. Stillschweigend wird oft vorausgesetzt, dass die Demokratie mit dem gegenwärtigen Zustand von Parteien und Parlamenten zusammenfällt. In diesem Sinne wundern uns die viel beklagte Hoffnungslosigkeit und so genannte Politikverdrossenheit wenig. Die Haltung von Politiker*innen, nur für die eigenen Wähler*innen zuständig zu sein, hat mit einem Demokratieverständnis wenig zu tun und ist ein Symptom des aktuell vorherrschenden Diskurses.

Zweitens ist zentral, der Behauptung entgegen zu treten, Proteste gegen Wahlergebnisse wären undemokratisch anstatt diese als Teil des Pluralismus zu verstehen. Zwar wird das Thema Wahlen in Youth Work vielfach und vielfältig aufgegriffen, eine entsprechende Bearbeitung und Motivation, das Recht auf Wählen in Anspruch zu nehmen, endet allerdings oftmals in der Sinnfrage. Jugendliche argumentieren häufig, dass es nichts bringe und thematisieren dabei diverse Korruptionsvorwürfe und Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft. Das Vertrauen in die Politik ist teilweise erschüttert, Parteien werden überwiegend als korrupt wahrgenommen, und nicht als Gestalter*innen oder Entscheider*innen. Wen sollen/können Jugendliche noch wählen, um ihre Zukunft zu ändern?

Wenn wir vom Thema Wahlen als Beteiligungsformat sprechen, dürfen wir ein wichtiges demokratiepolitisches Problem nicht außer Acht lassen: Das Wahlrecht ist in Österreich an die Staatsbürger*innenschaft gekoppelt. Das bedeutet, dass jene Menschen, die zwar in Österreich leben, aber keine Staatsbürger*innenschaft haben, nicht wahlberechtigt sind; sie können österreichische Politik nicht aktiv mitentscheiden und mitgestalten. Bei den letzten Nationalratswahlen 2024 waren dies immerhin rund 1,5 Millionen Menschen (Europäische Kommission 2024). Dies stellt für die repräsentative Demokratie in Österreich ein massives Problem dar, denn wie repräsentativ ist eine Demokratie noch, wenn zwischen 15 und 30 Prozent der Bevölkerung nicht wahlberechtigt sind und somit bei politischen Entscheidungen, die ihren Alltag maßgeblich beeinflussen – wie zum Beispiel Arbeitsmarkt- oder Bildungspolitik, Finanzpolitik, Integrationspolitik – nicht mitentscheiden dürfen? Diese Praxis wird seit einiger Zeit kritisch diskutiert, der Ausschluss verhindert ein System der demokratischen Repräsentation.

Ein weiterer Aspekt, der das Beteiligungsformat Wahlen zum Schwanken bringt, ist jener der Briefwahlen, die sich stets auf das Herkunftsland beziehen. So stellt sich die Frage, ob die Briefwahl noch ein attraktives Modell für binneneuropäische Migrant*innen sein kann. Hier stehen sich Herkunftsland und Lebensmittelpunkt gegenüber. Hinzu kommt, dass es als Format an sich fern von der Lebensrealität vieler junger Menschen erscheint, nachdem die Alltagspraktik des postalischen Briefe-schreibens zunehmend an Relevanz verliert.

Resümierend stellt sich also auch beim Konstrukt Wahlen, so wie das System aktuell funktioniert, die Frage, ob es tatsächlich gewollt ist, dass Jugendliche Strukturen verändern. Wenn ja, besteht beim Format „Wahlen“ dringender Entwicklungsbedarf.

Youth Work

Eine Erleichterung vom Unwohlsein mit der Orientierung am Konzept Europa und der Selbsterkenntnis, Jugendarbeit implizit nationalstaatlich zu denken, bietet sich für uns an, von Youth Work in Europa zu sprechen und nicht von European Youth Work, wie dies etwa Yael Ohana empfiehlt. Zijad Naddaf und

Andreas Thimmel schreiben „Der Begriff Youth Work überwindet die konzeptionelle Differenz zwischen Jugendarbeit (kommunale Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendbildungsarbeit, offene Jugendarbeit, Jugendbildung) und Jugendsozialarbeit, ohne die institutionelle und förderungspolitische Differenz zu leugnen“ (Naddaf, Thimmel 2020, S. 44). Im *Handbuch der Offenen Kinder- und Jugendarbeit* hält Thimmel fest: „Offene Kinder- und Jugendarbeit bzw. Open Youth Work ist [...] einer der zentralen und wichtigsten Teilbereiche einer Vielzahl von Aktivitäten und Strukturen, die unter Youth Work subsumiert werden.“ (Thimmel 2021, 1900) ein Werk mit Seitenangabe

Hintergrund dieser Überlegungen ist die Forderung, politische Bildung als Querschnittsmaterie in allen Feldern der Jugend(sozial)arbeit zu denken und diese zu Orten zu gestalten, an denen gesellschaftliche Widersprüche, Macht- und Herrschaftsverhältnisse und soziale Positionierungen in den europäischen Migrationsgesellschaften thematisiert und reflektiert werden können.

Youth Work hat zusätzlich zu den nationalen Besonderheiten einen klaren europäischen Rahmen, der in Ausbildung und Praxis zu selten sichtbar ist. Dieser ist vor allem normativer Natur, weniger eine theoretische Bestimmung. Jedoch ist er einigend und bestärkend – wie sich in Ohanas Paper zeigt. Gegenüber Youth Work bleibt Jugendarbeit ein unterbestimmter Begriff, der letztlich auch alltagssprachlich vage ist und sich in den konkreten Realisierungen im Dickicht des Förderdschungels sowie Routinen und Traditionen verliert. In Abgrenzung dazu betont Youth Work ganz klar den progressiven fachlichen Auftrag, der versucht, die Fragmentierung des Feldes produktiv zu vereinen und für eine klar demokratische, menschenrechtsorientierte und vor allem in diesem Sinne engagierte Jugendarbeit zu stehen.

Eine wichtige Vorleistung für das hier dargelegte Verständnis von Youth Work ist das Konzept Civic Youth Work nach Ross VeLure Roholt, Michael Baizerman und R.W. Hildreth (2012). Die Autor*innen treten für ein engagiertes Verständnis von Jugendarbeit ein, das sich wissenschaftsbasiert für die positive Entwicklung junger Menschen einsetzt. Dazu gehören nicht nur Aspekte von Gesundheit und Selbstverwirklichung, sondern auch die Einladung, sich demokratisch zu engagieren, soziales Kapital aufzubauen, Probleme lokaler Gemeinschaften als eigene zu begreifen und aktiv an Lösungen zu arbeiten. Es geht darum, Jugendliche nicht als Erwachsene zweiter Klasse zu behandeln, sondern ihnen zu ermöglichen, als Bürger*innen zu handeln. Dazu bedarf es einer Reihe von Basiskompetenzen der Jugendarbeit: vertrauensvolle und professionelle Beziehungen, sichere Orte für politisches Handeln, Aktivität. Youth Work ist die bewusste Praxis, junge Menschen einzuladen, zu unterstützen, vorzubereiten und zu bewerten, aktive Bürger*innen zu sein – jetzt und ihr Leben lang. Die Pädagogik des Youth Work ist damit auch eine des Aktivismus und Engagements.

Wir stellen fest, dass „Youth Work in Europa [...] für die Offene Kinder- und Jugendarbeit ein neuer und zusätzlicher Rahmen [ist]“ (Thimmel 2021, S. 1907), der dem „methodologischen Nationalismus“ im deutschsprachigen Fachdiskurs entgegenwirken kann. Auch wenn wir versuchen, den Fokus Österreich

nicht aus dem Blick zu verlieren, haben wir uns entschieden, auch den Begriff Youth Work (in Europa) in Erwägung zu ziehen. Warum?

Erstens: Jugendarbeit innerhalb Österreichs ist bereits sehr vielfältig und unter unterschiedlichen rechtlichen, finanziellen, tradierten und politischen Bedingungen aktiv. Dieser Umstand ist kein spezifischer in diesem Lande, sondern zieht sich als Phänomen quer durch Europa. Youth Work antwortet damit auf ein internationales Phänomen der Fragmentierung.

Zweitens identifiziert Ohana vier Merkmale, von denen zwei zutreffen müssen, um Jugendarbeit als europäisch bzw. als Youth Work in Europa zu verstehen:

- a) Grundlage ist der europäische Gedanke im Sinne von Menschenrechten und Demokratie. Wir denken, dies sollte auf jede Form der Jugendarbeit als anerkannter Minimalstandard in Österreich zutreffen. Wir wissen, dass auch Akteur*innen als Jugendarbeit auftreten oder gefördert werden, bei denen wir uns unsicher sind, ob dieser Punkt zutrifft. Dies zu diskutieren wäre eine wesentliche zukünftige Aufgabe.
- b) Finanzierung durch die Europäische Union. Dies trifft eher punktuell zu. Die Europäische Union bietet attraktive Förderprogramme und hat versucht, die bürokratischen Schwellen herabzusenken. Dennoch fehlen vielerorts schlichtweg Ressourcen und Wissen, um sich hier zu engagieren. Auch hier sehen wir herausfordernde und zukunftssträchtige Entwicklungspotentiale.
- c) Wird von mehreren Staaten gemeinsam oder in einem europäischen Staat durchgeführt. Nachdem Österreich ein europäischer Staat ist, ist dieser Punkt stets zutreffend.
- d) Wurde durch entsprechende Programme aufgebaut.⁵⁴ Kommentar: wie unter Punkt b)

In diesem Sinne empfinden wir es ebenfalls als passend von Youth Work zu sprechen, wenn wir über die mannigfaltigen Formen österreichischer Offener Kinder- und Jugendarbeit sprechen.

⁵⁴ Europäische Youth Work-Programme, wie hier erwähnt, sind Politiken und Programme auf europäischer Ebene, die durch europäische Zusammenarbeit geschaffen wurden und ausdrücklich auf Unterstützung von Youth Work und Jugendpolitik mit europäischer Dimension abzielen. Das betrifft EU-Programme, den Europarat, Organisationen wie die OECD und die UNESCO sowie teilweise auch private Wohltätigkeits-Organisationen, die Unterstützungsprogramme für Youth Work, die auf europäischen Prinzipien basieren und deren Absicht es ist, europäische Werte zu fördern, haben.

Literatur

- Bui-Wrzosińska, Lan. 2019. „Staaten und Einstellungen im Wandel. Mittel- und Osteuropa 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer. Open Society Foundations”.
<https://www.opensocietyfoundations.org/uploads/d16e063f-27a7-4063-a6bb-736925e1be40/states-of-change-attitudes-in-central-and-eastern-europe-30-years-after-the-fall-of-the-berlin-wall-ger-20191104.pdf> [03.11.2024].
- Bundesjugendvertretung. O. J. „Jugenddialog“. <https://jugenddialog.at/> [03.11.2024].
- Chomsky, Noam, Barsamian, David, und Naiman, Arthur. 1998. „The Common Good”. Monroe, Maine: Odonian Press.
- Dimmel, Nikolaus, und Tom Schmid. 2013. „Soziale Dienste in Österreich“. Innsbruck, Wien, Bozen: Studienverlag.
- Europäische Kommission. 2024. „20.000 Nicht-Wahlberechtigte wählen bei Pass Egal Wahl in Österreich“. https://migrant-integration.ec.europa.eu/news/20000-nicht-wahlberechtigte-waehlen-bei-pass-egal-wahl-oesterreich_de [03.11.2024].
- Grigori, Eva. 2022. „Soziale Arbeit und rechtsextreme Lebenswelten im virtuellen Raum“. In Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten, herausgegeben von Christoph Gille, Birgit Jagusch, und Yasmine Chehata, 250–263. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Köngeter, Stefan. 2009. „Der methodologische Nationalismus der Sozialen Arbeit in Deutschland“. Zeitschrift für Sozialpädagogik, Nr. 4: 340–359.
- Lang, Susanne. 2012. „Jugendarbeit. Bestimmung ihrer Aufgaben und Ziele“. In Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektiven, herausgegeben von Stephan Bundschuh, Ansgar Drücker, und Thilo Scholle, 19–32. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Mayr, Peter, und Szigetvari, András. 2019. „Staatsbürgerschaft. 1,1 Millionen in Österreich ohne Wahlrecht: Verträgt das die Demokratie?“. <https://www.derstandard.at/story/2000105976446/1-1-millionen-in-oesterreich-ohne-wahlrecht-vertraegt-das-die> [03.11.2024].

- Naddaf, Zijad, und Andreas Thimmel. 2020. „Zum Verhältnis von Jugendsozialarbeit, politischer Bildung und Prävention in der Migrationsgesellschaft“. In Politische Bildung und Jugendsozialarbeit gemeinsam für Demokratie. Neue Wege der Primärprävention, herausgegeben von Andrea Keller, Andrea Pingel, Karl Weber, und Andreas Lorenz, 38–46. Frankfurt am Main: Wochenschau.
- OeAD. o. J. „Erasmus+ Jugend“. <https://erasmusplus.at/de/jugend/> [03.11.2024].
- Rahner, Judith. 2021. „Praxishandbuch Resilienz in der Jugendarbeit. Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit“. Weinheim: Beltz Juventa.
- RIS. 2021. „Bundesministerien-Novelle 2021“. <https://www.ris.bka.gv.at/eli/bgbl/I/2021/30/20210131> [03.11.2024].
- Roholt, Ross VeLure, Michael Baizerman, und R.W. Hildreth. 2012. „Understanding Civic Youth Work. Touchstones for Practice“. In Civic Youth Work: Co-Creating Democratic Youth Spaces. Chicago: Lyceum Books, 160–185.
- Salzborn, Samuel. 2020. „Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze“. 4., Aktualisierte und Erweiterte. Baden-Baden: Nomos.
- Thimmel, Andreas. 2021. „Youth Work in Europa“. In Handbuch OJA, 1899–1909. Wiesbaden: Springer VS.
- Castro Varela, Maria do Mar, und Dhawan, Nikita. 2020. „Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung“. 3. Aktualisierte. Bielefeld: transcript.

Lektüretipps

- Allianz Rechtssicherheit für politische Wissensbildung (2019): Charta für Zivilgesellschaft und Demokratie. <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/charta> [03.11.2024].
- APuZ (2011): Postdemokratie. Zeitschrift. <https://www.bpb.de/apuz/33562/postdemokratie> [03.11.2024].
- Becker, Joachim (2016): Rechte Europa-Konzeptionen. In: kurswechsel 4, 12-27.
- Berner, Heiko (2012): Gouvernamentalität und Soziale Arbeit. Theoretische Gedanken zum Aspekt der Machtausübung in einer sich wandelnden Gesellschaft ZfZ-Wissenspool #19. http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/berner_juni2012_gouvernem.pdf [03.11.2024].

- Bettinger, Frank (2013): Widerstand an allen Fronten! Plädoyer für eine selbstbestimmtere, politische und kritische Soziale Arbeit. In: Zimmermann, Ingo / Rüter, Jens / Wiebel, Burkhard / Pilenko, Alisha / Bettinger, Frank: (Hg.Innen): Anatomie des Ausschlusses. Theorie und Praxis einer Kritischen Sozialen Arbeit. Springer VS.
- Biesel, Kay / Wolff, Reinhart (2014): Aus Kinderschutzfehlern lernen. Bielefeld: transcript.
- Crouch, Colin (2008, aus dem Englischen von Nikolaus Gramm): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Moser, Michaela / Grigori, Eva (deutsche Übersetzung) (2019): Der Vorstoß des Sozialen. Dubrovnik-Manifest 2019. In: soziales_kapital, Bd. 23, <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/667> [03.11.2024].
- Hochschule Darmstadt (Hg.) (2015): FRANKFURTER ERKLÄRUNG. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung. <https://sozarb.h-da.de/index.php?id=586> [03.11.2024].
- Dollinger, Bernd (2013): Das Politische im Disziplinären – Sozialpädagogische Identität zwischen Diffusität und eigenem „Blick“. In: Soziale Passagen. 5:177–193.
- Drücker, Ansgar (o.J.): Der Beutelsbacher Konsens und die politische Bildung in der schwierigen Abgrenzung zum Rechtspopulismus. [https://www.idaev.de/fileadmin/user_upload/pdf/download/Druecker Politische Bildung und Rechtspopulismus.pdf](https://www.idaev.de/fileadmin/user_upload/pdf/download/Druecker_Politische_Bildung_und_Rechtspopulismus.pdf) [03.11.2024].
- IFSW (2014): Global Definition of Social Work. <https://www.ifsw.org/global-definition-of-social-work/> [03.11.2024].
- Sprung, Anette (2020): If the world is a dangerous place. Politische Bildung, Demokratieentwicklung und soziale Kohäsion. Magazin erwachsenbildung.at #39. <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-39/13780-if-the-world-is-a-dangerous-place.php> [03.11.2024].

Autor*innen

Eva Grigori, Dozentin am Department Soziales der FH St. Pölten, laufende Promotion zum Umgang Sozialer Arbeit mit dem Phänomen Rechtsextremismus, ehemalige Praktikerin der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (fipu.at), Koordinatorin der AG seit 2020.

Severin Sagharichi, Streetworker (Jugendsozialarbeiter) bei der Mobilen Jugendarbeit TANDEM, seit Juni 2014 Fachliche Leitung, Koordinator der AG seit 2018.

Isabella Steger, Leitung Koordinationsstelle der Wiener Kinder- und Jugendstrategie; von 2020-2021 mobile Jugendarbeiterin bei Balu&Du; ehemalige Vorsitzende und ehemaliges Vorstandsmitglied der Bundesjugendvertretung.

Nicole Walzl-Seidl, Mitarbeiterin beim Steirischen Dachverband der Offenen Jugendarbeit (Arbeitsschwerpunkt: Qualitätsentwicklung), Lehrbeauftragte an der Universität Graz, Obfrau Österreichischer Fachverband für akademische Sozialpädagogik.

Besonderen Dank möchten wir den Teilnehmer*innen des Lesekreises aussprechen, die zugleich auch kritische Begleiter*innen und Lektor*innen des Entstehungsprozesses der vorliegenden Broschüre waren: Julia Leonhartsberger, Manuela Hofer, Florian Neuburg, Jana Herunter, Elise Mory, Verena Scharf, Stephanie Deimel-Scherzer, Annemarie Fraissler und Johanna Hefel.

Kontakt

E-Mail: okja@ogsa.at

AG-Website: <https://www.ogsa.at/arbeitsgemeinschaften/ag-offene-kinder-und-jugendarbeit-in-oesterreich/>

Arbeitsgemeinschaft Offene Kinder und Jugendarbeit der ogsa (2022):

Wie politisch soll Jugendarbeit sein

Wien: ogsa